

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

beträgt für die sechsgepaltene Kolonne:
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 nachmittags geöffnet.

Kreisverleger: Amt I, Nr. 1506.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Freitag, den 29. April 1898.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Noch schlimmeren Brotwucher?

Es ist offenbar berechnete Absicht seitens der Sammel-
 politiker, immer nur ganz verschwommen von der Nothwendig-
 keit „höherer“ Getreidezölle zu sprechen, niemals aber einen
 bestimmten Zollfuß als den in Aussicht genommenen zu be-
 zeichnen. Demgegenüber können wir auf das bestimmteste ver-
 sichern, und wir rathen unseren Genossen, im Wahlkampfe
 immer von dieser klaren Grundlage auszugehen: daß man
 einen **Getreidezoll von 8 Mark** oder doch, wenn man be-
 scheiden ist, von **7 1/2 M.** erstrebt. Diese Mittheilungen
 sind uns vielfach von unterrichteter Seite zuge-
 gangen; sie sind übrigens mehrfach in die Deffent-
 lichkeit gedrungen und stets unwiderrprochen geblieben.
 Sie ergeben sich eigentlich auch aus der ganzen
 Situation von selber. Unser geschnittenen Getreidezoll beträgt
 heute schon 5 Mark; er ist für die Vertragsländer
 vorübergehend ermäßigt und außer Kraft gesetzt, er tritt jedoch
 sofort wieder in Wirkung, wenn die Verträge erlöschen. Ein
 höherer Getreidezoll, wie ihn die Agrarier in lautm Tönen
 verlangen, heißt also: höher wie 5 Mark, und da wird man
 selbst bei Voraussetzung von starker agrarischer Mäßigung auf
 den Satz von **7 1/2 und 8 Mark** schließen müssen.

Damit hätte dann Deutschland die höchsten Brotzölle in
 der ganzen Welt. Frankreich, Italien und Spanien würden
 weit hinter uns in der agrarischen Barbarei zurück-
 bleiben. Aber selbst bei ihren heutigen Agrarzöllen
 bieten sie das Bild eines wüsten Klassen-
 Kampfes zwischen den ausgefogenen Massen und den Aus-
 beutern der Lebensmittelvertheuerung. Italien hat seine Be-
 völkerung soeben erst mit Flintenschüssen an das Hungern zu
 gewöhnen gesucht, dann hat es schließlich doch zeitweilig die
 Rölle ermäßigen müssen. Spanien sah sich zu der gleichen
 Maßnahme gezwungen. In Frankreich möchte Herr Meline,
 der père de la famine (der Vater der Hungersnoth) sein
 Bauerngefolge nicht vor den Kopf stoßen; darum hält er
 krampfhaft an den alten Rölle fest. Doch zum zweiten Male
 geht eine wahre Sturmfluth von Empörung und Erregung
 über das ganze Land hinweg. Die Generalräthe verlangen
 in wachsender Zahl die gänzliche „Außerhebung“ der
 Brotzölle. Der Bürgermeister von Marseille hielt im General-
 rath der Rhonemündungen eine flammende Anklage gegen
 den Ministerpräsidenten, gegen den alsdann ein Tadelvotum
 zur Annahme gelangte. Soll das deutsche Volk an den Rand
 des gleichen Abgrundes gebracht werden? Sind die Ge-
 treidepreise nicht heute unter dem 3,50 Mark-
 Zoll geradezu unerträglich?

Man überblicke nur die ganze Entwicklung im letzten
 Jahrzehnt, um zu sehen, wie durch falsche Nachgiebigkeit
 seitens der Regierung und durch die feige, elende Haltung
 seitens unserer Industrie der Prostitution und die Annäherung
 unserer Agrarier gesteigert worden sind. Am Montag wurden,
 nach den Notirungen der brandenburgischen Landwirtschafts-
 kammer selber, in Berlin geholt für die Tonne Weizen
 226 M., für die Tonne Roggen 164 M. Das geht beim
 Weizen über die Jahres-Durchschnittspreise der beiden Noth-
 standsjahre 1891 und 1892 hinaus; damals stand der Weizen
 224,2 und 176,4 M. Beim Roggen wurden allerdings damals
 die Preise von 211,2 und 176,3 M. erreicht. Aber damals
 hielt man diese auch für unerträglich, zum Theil für un-
 gebauerliche. Damals war Graf Kanitz bereit, bis zur Er-
 reichung eines niedrigeren Preisniveaus die Rölle ganz zu
 suspendiren. Damals war eine große Majorität im
 Reichstage, unter Anführer zahlreicher Konservativer, bereit,
 unter solchen Umständen der vertragmäßigen Erniedrigung
 der Roggen- und Weizenzölle zuzustimmen. Heute glaubt
 man den Wahlkampf unter der Parole Erhöhung der
 Getreidezölle führen zu können, weil diese schwache Regierung
 und diese noch rückgratlosere, nur nach dem Nutzen des nächsten
 Augenblickes gierende Industrie schon längst jeden Widerstand
 aufgegeben haben. Die arbeitenden Massen jedoch,
 die den Kampf aufnehmen gewillt sind, glaubt man durch
 die verwaschene Sammelpolitik erdrücken zu können.

Dabei gehe man noch alle die anderen Umstände in
 betracht, die heute der Landwirtschaft günstiger sind wie
 damals, wo man nicht den 8 Mark, sondern den 8 1/2 Mark-
 Zoll einführt. Das Fleisch ergibt gegenwärtig so hohe
 Preise, daß es für den Haushalt der Armen fast unerschwing-
 lich geworden ist. Der Schnaps, dieser Lebenslast der oft-
 elbischen Agrarproduktion, wird besser bezahlt wie jemals
 seit dem Jahre 1887, wo die Liebesgabenpolitik begann.
 80 Mark Zoll für die Tonne Roggen, wo der
 Preis schon bei 35 Mark Zoll fast den alten Nothstandspreis
 von 1892 erreicht!

Wir schlagen neulich wieder einmal das Pamphlet
 Treitschke's über den Sozialismus und seine Döner auf.
 Der hochgelehrte Geldsäuger hielt die deutsche Sozial-
 demokratie vor allem darum nicht für daseinsberechtigt, weil
 die Besitzenden und die Regierenden Deutschlands niemals
 gemeine Interessenpolitik getrieben hätten. Dagegen hielt er,
 der die Sozialdemokratie bis in den Tod haßte, ihre Aus-
 breitung in Frankreich für selbstverständlich, weil dort stets
 einzelne mächtige Klassen den Staat für sich ausgebeutet
 hätten. Es klingt wie eine furchtbare Ironie, heute in
 Treitschke zu lesen:

Als diese in gehässigen Klassenkämpfen ver-
 bildete Bourgeoisie die Zügel des Staates in die Hand nahm,

da begann ein Regiment kändischer Selbstsucht, das
 manche Sünden des französischen Sozialismus entschuldigt...
 Groblosend nennen die Fabrikanten und Kaufleute in der Kammer
 sich selber die Feindalherren der neuen Gesell-
 schaft. Für das Elend des kleinen Mannes hat die Staats-
 gewalt kein Auge; er muß zusehen, wie ihm die unentbehr-
 lichsten Waaren vertheuert werden durch Schutzölle,
 deren Ertrag in die Tasche der Unternehmer wandert, und wird
 durch parteiische Gesetze verhindert, mit vereinten
 Kräften seine gerechten Ansprüche auf höheren Lohn
 durchzusetzen.

Wo ist nun die Nothwendigkeit zwischen diesem
 Systeme schmutziger Geldgier und unserem
 neuen deutschen Reich? Wann hat denn jemals in
 Preußen eine wirtschaftliche Klasse den Staat für sich aus-
 gebeutet, seit die Hohenzollern den ehernen Felsen ihres König-
 thums errichteten? Ist dieser Sieger von Königgrätz und Sedan etwa
 eine Puppe, wie jener unfähige Kaufmann aus dem Krämer-
 geschichte der Orleans ein Werkzeug der französischen Bourgeoisie
 war?

Die Brücke der Verständigung ist bei uns nicht abgebrochen,
 eine Ausgleichung der streitenden Interessen bei ehrlichem Willen
 haben und drüben sehr wohl möglich. Man betrachte die
 Verhandlungen des Reichstages... War das
 die Sprache einer selbstsüchtigen Klasse, welche
 das gemeine Recht zu Gunsten ihres Beutels zu
 verbilden trachtete? Mit kurzen Worten, die deutsche
 Bourgeoisie der Sozialdemokratie ist ein verlogenes Zerrbild.

Das war im Jahre 1878. Im Jahre 1898 würde wohl
 selbst ein Treitschke diese Parze enttäuscht an die Wand
 hängt haben. Heute suchen die deutschen „Besitzenden Klassen“
 Schutz unter dem Regenschirm, zwar nicht Ludwig Philipp's,
 sondern des Johannes v. Miquel.

Wahlkampf.

„Wir arbeiten ja nur für Sie.“

So sagte einst der frühere Minister v. Bötticher und das Wort
 ist ihm nicht gut bekommen. Unserer Partei hat es gute Dienste
 geleistet, denn es war ein Rohwort und kennzeichnet trefflich das
 Wesen des Klassenstaats.

Aber Herr v. Bötticher ist einen Waisenknaben gegen seine Nach-
 folger im Staatssekretariat des Innern.

Der „Ausgleich“ v. Graf v. Posadowsky hat am Mittwoch
 im Reichstag eine Sozialistenvernichtungs-Rede gehalten, die all-
 seits Beifall findet. Die Ausbeuterpresse ist zufrieden mit der-
 selben, wenn auch die „Post“ schon einige starke Bedenken vorbringt.
 Unsere Zufriedenheit mit des Grafen Rede ist aber eine gänzlich
 uneingeschränkte.

Der Herr Minister hat den Blutsbund zwischen Re-
 gierung und den Besitzenden Klassen in klassischer
 Weise bezeugt.

Der Herr Minister hat dieses Bündniß so unverhohlen, so
 prächtig offenherzig proklamiert, daß wir seinen Worten gern die
 allerweiteste Verbreitung unter den besitzlosen Klassen geben
 möchten. Darum sei die schönste Stelle der Rede hier nochmals
 nach dem stenographischen Bericht wiedergegeben. Graf von
 Posadowsky sagte:

„Nein, meine Herren, ich bin der Ansicht, die bürgerlichen
 Klassen in Deutschland müssen selbst immer mehr zu der Ueber-
 zeugung kommen, daß der Kampf, den die Regierung gegen die
 Sozialdemokratie pflichtgemäß führen muß — denn die Sozial-
 demokratie stellt den Privatbesitz und unsere bestehende
 Staatsverfassung in Frage — (sehr richtig! richtig), daß dieser
 Kampf nicht ein Duell zwischen der Regierung und der
 sozialdemokratischen Partei ist, sondern ein Kampf, den
 die Besitzenden Klassen mit der Regierung und an
 der Seite der Regierung führen müssen! (Sehr gut!
 richtig! richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da es sich bei dem
 Kampf gegen die Sozialdemokraten recht eigentlich um eine Frage
 der Besitzenden Klassen, um eine Frage des bestehenden Staats-
 wesens handelt, deshalb, meine Herren, muß in die bürgerlichen
 Klassen das Gefühl davon bringen, wie gefährlich die sozial-
 demokratische Bewegung ist, und daß es eine Pflicht der Noth-
 wehr, der Selbstvertheidigung ist — ob es populär ist oder
 nicht — die Regierung in diesem Kampfe zu unterstützen. (Bravo!
 richtig!)“

Deutlicher ist es auch von uns nie gesagt worden, wie die
 kapitalistischen Dinge stehen: Das bestehende Staatswesen ist das
 Staatswesen der Besitzenden Klassen! Die Regierung ist eine Re-
 gierung für die Besitzenden Klassen!

Also Graf Posadowsky, und er muß das genau wissen.
 Einst hieß es: Soziales Königthum, Königthum der Armen.
 Jetzt heißt es: Regierung Arm in Arm mit den be-
 sitzenden Klassen! —

Die „Post“ schmolzt.

Ganz recht hat es Graf Posadowsky mit seiner Sozialisten-
 Vernichtungs-Rede den „Besitzenden Klassen“, denen er seine heiße Liebe
 erklärte, doch nicht gemacht.

Der „große Schleifstein“ ist unwillig, daß der Graf erklärte, der
 Erlaß eines neuen Sozialistengesetzes sei nicht zu empfehlen. Das
 Stimm-Organ schreibt:

„Wunder glücklich war Graf Posadowsky in der Begründung
 seiner Auffassung, daß der Erlaß eines neuen Sozialistengesetzes
 sich nicht empfehlen werde. Daß der Erlaß eines solchen Gesetzes
 die nichtsozialistischen Elemente des Volkes einschläfert und ihren
 Widerstand gegen die Sozialdemokratie schwächen werde, ist eine
 Behauptung, welche in der linksliberalen und in der Zentrums-
 Presse zwar wiederholt aufgestellt, aber völlig unerwiesen geblieben
 ist. Die Erfahrung seit dem Falllassen des Sozialistengesetzes
 zeigt vielmehr umgekehrt, daß, seitdem die Gesetzgebung die Sozial-
 demokratie nicht mehr als den gemeinsamen Feind des Staates
 und der Gesellschaft stigmatisiert, ein großer Theil der Bevölkerung
 die sozialdemokratische Gefahr für bedingt erachtet, die Sozial-
 demokratie ansieht, wie jede andere Partei und somit in der Be-
 kämpfung derselben bedenklich nachläßt.“

Was sagte dann aber der Herr Graf eigentlich:

„Der Herr Abgeordnete Bebel hat wiederholt darauf hin-
 gedeutet, schon in früheren Reden, nun läme ganz sicher wieder
 ein Sozialistengesetz. Das mag ja für die Wahlkampagne der
 Herren Sozialdemokraten ein ganz geeignetes Zugmittel sein.
 (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann dem Herrn
 Abgeordneten Bebel aber sagen, daß ein solches Gesetz zur Zeit
 nicht in Aussicht steht, und ich will ihm auch sagen, warum
 nicht. Ich würde es im gegenwärtigen Augenblick für einen
 politisch bedenklichen Schritt halten, den bürgerlichen Klassen das
 politische Schutzhild eines energischen sozialistischen Repressions-
 Gesetzes zu geben.“

Also „zur Zeit“ sei ein Sozialistengesetz nicht in Aussicht
 stehend, sagte der Staatssekretär des Innern; „im gegen-
 wärtigen Augenblick“ wäre ein solches Gesetz ein politisch
 bedenklicher Schritt. Morgen schon mag der Staatssekretär
 anders darüber denken. Es komme ein sozialistengesetzlicher Reichs-
 tag zusammen und der Staatssekretär wird erklären: Jetzt ist ein
 anderer Augenblick da.

Die Regierung, welche die Lex Reiche einbrachte und Monate lang
 auf hartnäckigkeit für sie eintrat, wird für jederlei Ausnahmengesetz
 zu haben sein, sobald sie nur den nöthigen parlamentarischen Bei-
 stand findet.

Also die „Post“ soll sich nur trösten. Der Graf wird nicht gegen
 den „Freiherrn“ rebelliren.

Sie kennt ihre Pappenheimer.

Graf Posadowsky hat die Besitzenden, bürgerlichen Klassen auf-
 gefordert, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen.
 Dem Reichstage König Stumm's gefällt diese Uebertragung der
 Sozialistenvernichtung nicht. Sie erwartet davon nicht viel; sie
 meint:

„Auch die Ausführung, daß die Regierung die bürger-
 lichen Parteien, wenn sie sich zur gemeinsamen Bekämpfung der
 Sozialdemokratie vereinigen, unterstützen werde, kann als eine be-
 sonders glückliche nicht bezeichnet werden. Nach der Natur unseres
 Volkes muß verlangt werden, daß die Regierung in dem Kampfe gegen
 die Sozialdemokratie vorangeht. Die Regierung muß die Fahne
 vorantreiben, um welche sich die bürgerlichen Parteien zu einer
 festen Phalanx gegen die Sozialdemokratie sammeln können. So-
 lange dies nicht mit voller Entschlossenheit und mit vollem Nach-
 druck geschieht, wird der Appell an die eigene Thätigkeit der
 bürgerlichen Parteien den erwünschten Erfolg theil-
 weise verfehlen.“

Also: Ausnahmengesetz her, Polizei her; fort mit dem Ver-
 einigungsrecht, fort mit der Freiheit. Die „Post“ kennt ihre
 bürgerlichen Parteien, ihre Kapitalisten und ihre Profitwuth, die
 nur nach Mehrwerthsmehrung jagt und im übrigen denkt: Nach
 uns die Sinnfluth.

Die Expropriation des Kanonen-Krupps.

Eine Ausführung unseres Genossen Liebnicht im „Kosmopolis“
 hat dem Grafen Posadowsky sehr mißfallen. Liebnicht schilderte,
 wie der Großbetrieb siegreich vordringt; er sah hierin eine Ent-
 wicklung zum Sozialismus und sagte:

„Mit dem einen Herrn Krupp erledigt sich zur gegebenen
 Zeit die Sache in zwei Minuten freundschaftlicher Unterhaltung
 unter vier Augen.“

Der Minister zitierte diesen Satz wohl dreimal in seiner letzten
 Wahlrede gegen unsere Partei, um den Kapitalisten die furcht-
 baren Gefahren zu schildern, die ihnen von der Sozialdemokratie
 drohen.

Wie wollen mit dem Minister jetzt keine sozialpolitische
 Diskussion pflegen und ihm nicht verführliche Fragen stellen, wie
 etwa die: Woher denn der Krupp seine Riesenschlösser eigentlich
 genann?

Wir wollen nur erinnern, wie jetzt alles Krämerwoll nach Er-
 droffung der großen Waarenhäuser durch den
 Steuerfried schreit. Und Herr Miquel und die preussische Regierung
 haben erklärt, gern bei dieser Erdröfflung mitwirken zu wollen.
 Nur hat man bisher noch nicht die richtige Nummer Wandsaden
 finden können.

Ist das etwa eine „freundliche Unterhaltung“?

Sozialdemokraten in gegnerischen Versammlungen.

Bei dem Besuch gegnerischer Versammlungen ist, wie wir stels
 betont haben, große Zurückhaltung am Plage. Dies beweist wieder
 der folgende Fall, den wir in der „Volks-Ztg.“ finden.

In Sievertshausen bei Peine besuchten einige auf einer
 Agitationstour begriffene Sozialdemokraten eine anti-
 semitische Versammlung, in der Herrer Extrakt sprechen sollte.
 Als sie Platz genommen hatten, setzte sich ein Führer der Anti-
 semiten an ihren Tisch. Sofort wurde darauf ein Hoch
 auf den Kaiser ausgebracht, wobei sieben Personen
 das Malheur passirte, daß sie sitzen blieben. Nun forderte
 der Antisemitenträger Giesecke den überwachenden
 Gendarm auf, die sieben Personen wegen Majestäts-
 beleidigung zu notiren.

Diese schäbige That eines jämmerlichen Demagogengefährdes
 paßt ganz zu des Antisemiten rühmlichem Auftreten in Spange.
 Diese Friglinge, die sich nicht schämen, die Rolle des Wüthens im
 Priesteraltar zu übernehmen, legen nur Zeugnis ab von ihrer Be-
 dientenhaftigkeit und ihrer niederen Bestimmung. Und diese Gesell-
 schaft will deutsche Sitte und Recht in Erbpacht genommen haben!
 — zur Hinterlist und Knechtseligkeit sind sie herabgesunken.

Wir erinnern aus Anlaß dieses, die tiefe Verworfenheit der
 Antisemitenträger scharf charakterisirenden Vorfalles, an das, was
 Bebel unter dem Beistand aller Delegirten auf dem letzten Parteitag
 in Hamburg ausführte:

Wenn eine gegnerische Partei aus gewissen Gründen der An-
 sicht ist, es abzulegen zu müssen, Mitglieder anderer Parteien in
 ihre Versammlungen zu lassen, wenn sie z. B. ausdrücklich mit
 den Worten einladen: „Die Wähler der Zentrums-Partei“, dann
 erfordert die einfache Anstands-pflicht, daß derjenige, der zu den
 Eingeladenen nicht gehört, auch nicht in die Versammlung
 geht. Wenn wir in unserem Programm die volle
 Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts verlangen,
 dann verlangt es das einfache Gebot der Gerechtigkeit, auch
 jedem andern das gleiche Recht zuzugestehen. Wenn eine andere
 Partei uns nicht wünscht, dann schlagen wir daraus Kapital,
 und kennzeichnen die Feigheit der Leute und sagen, das beweist,

daß sie uns nicht antworten können. Wir haben darin eine ausgezeichnete Waffe."

Gewerkschaften und Wahlagitator.

Das edle „Volk“ des Herrn Hofpredigers a. D. Stiller schreibt in der sehr beherzigenswerten Aufforderung an die Gewerkschaften, ihre Versammlungen während der kurzen Spanne Zeit für die Wahlagitator auf das allerhöchste einzuschränken:

„Aber was geht doch die Gewerkschaften die Wahlagitator der sozialdemokratischen Partei an?“

Das würdige Blatt sollte doch vielleicht wissen, daß die Regierung des Grafen Pöschke die Aufhebung der Koalitionsfreiheit, die Verschlechterung des Vereinsrechts, die Aufhebung der Freizügigkeit, den Schneidengang in der Sozialpolitik, den Unternehmerrückgang, die Klassenpolitik der Westgenossen plant. Schon aus dieser Liste, die sich gegen diese Politik wendet, und das ist vor allem eine starke sozialdemokratische Fraktion, muß jeder Arbeiter fördern, also auch die gewerkschaftlich organisierten Protestanten.

Von der Agitation.

In Magdeburg und den umliegenden Kreisen wird die Agitation eifrig betrieben. Jeden Sonntag geht hinaus auf Land mit Flugblättern und Broschüren und der Empfang, welcher überall den Verbreitern zu Theil wird, läßt das beste hoffen. So wurden in den Wahlkreisen Stendal, Osterburg und Salzwedel-Wardeggen 10 000 Flugblätter verbreitet, welche den Wahlausruf der Fraktion enthielten. Im Wahlkreis Salze-Wardeggen wird eine Wahlleitung herausgegeben, welche für die ländlichen Kreise berechnet ist und den belächelten Verhältnissen auch dadurch Rechnung trägt, daß sie nicht für den ganzen Wahlkreis gleichmäßig hergestellt wird. Der Wahlkreis ist in vier Bezirke getheilt und jeder dieser Bezirke hat seine eigene Wahlleitung. Diese Thätigkeit ist unsern Gegnern natürlich sehr unangenehm. Sie wissen uns aus ihren Versammlungen, freuen sich, wenn unsere Versammlungen aufgelöst werden, mündlich können sie uns aber nicht machen, da wir über eine große Anzahl opferwilliger Genossen verfügen, welche sich die Mühe nicht verbieten lassen und freudig dafür sorgen, daß die Bevölkerung auch ohne Versammlungen aufgeklärt wird.

In Leipzig haben unsere Parteigenossen erreicht, daß ihnen die Sammlung zum Wahlsonntag von der Polizeibehörde gestattet wird.

In Brandenburg erscheint bis zum Wahltag jeden Sonntag eine Wahlleitung, die auch für andere Wahlkreise dieses Bezirkes agitatorisch wirken soll.

Das Zentral-Wahlkomitee für den Wahlkreis Ost-Pravalland hat seinen Sitz in Spandau und sind alle Briefe und Aufträge an Gustav Lantant, per Adresse H. S. Dutsch, Spandau, Bismarckstr. 6, zu richten. Kassierer ist Otto Grieben, Spandau, Neumarkterstr. 12.

Das Zentrum und die Sammelpolitik.

Im Kreise Reichensbach-Neurode haben die Miquel'schen Sammelpolitiker Glück gehabt. Zentrum und Konservativen haben sich auf eine Kandidatur geeinigt, sie wollen den reichen Gruben- und Landbesitzer Grafen v. Magnus auf Schlegel wählen. Die arbeitende Bevölkerung ist aber auch geübt und wird sich erlauben, am Tage der Wahl den Miquel'schen ganz gehörig in die Suppe zu spucken.

Aus dem Lande der schlesischen Zentrumsgesellen haben wir noch so manche Sammelungsübergriffe zu gewärtigen. Im Westen muß das Zentrum trotz der Los und Genossen anders rechnen, weshalb Pöschke, der einzige Zentrumsgeselle, der den Sammelungs-Anspruch unterschrieben hat, seine Kandidatur nicht mehr aufrecht halten kann. Für die Unvergleichlichkeit des Zentrums bringt die verschiedene Haltung zur Sammelpolitik in West und Ost einen neuen Beitrag.

Der weibliche Freisinn.

Die Freisinnige Vereinigung läßt einen Wahlausruf vom Stapel. Derselbe trägt rein defensiven Charakter. Keine Forderungen und Vorschläge zur Hebung des wirtschaftlichen und politischen Lebens. Lediglich Abwehr gegen die Junkerreaktion, die man andererseits bestärkt, indem man mit Stolz auf die Zustimmung der Vereinigung zu den Militärvermehrungen und zum Flottengesetz hinweist.

Die Firma Bamberger, Barth, Bachmide, Nidert & Co. ist für Aufrechterhaltung und Ausbau der Handelsverträge, für Sicherung der Goldwährung, sie spricht sich aus gegen Sozialistengesetz, gegen Inflationsgesetz, für volles Koalitionsrecht, für Freizügigkeit, für Vereinfachung und Verbesserung — aber wie soll diese aussehen? — der Arbeiterversicherungs-Gesetze, für ein freies Wahlrecht — was heißt dies? — Reichs-Vereinsgesetz, für Erhaltung des Reichstages-Wahlrechts.

Weiter wünscht die Freisinnige Vereinigung Verbilligung des Verkehrs, Ausgestaltung des Kanal- und Eisenbahnnetzes, Stärkung und Vermehrung des bürgerlichen Grundbesitzes, Gerechtigkeit im Steuerwesen.

Eine lange Reihe von allgemeinen Wendungen! In praxi kann daraus leicht allerhand böses Zeug werden.

Was nützen die schönsten „liberalen Grundzüge“, wenn man sie so anwendet, wie die am Niedert beim Flottengesetz thaten. Leute, die dem Militarismus und Marinismus alles in den Rücken werfen, wonach ihnen verlangt, die das Budgetrecht des Reichstages freihändig preisgeben, die Gerechtigkeit im Steuerwesen sagen und die Vermehrung der indirekten Steuerlast mit vorbereiten helfen, solche Politiker dürfen nicht erwarten, daß das Volk ihnen einen Cent Vertrauen schenkt.

Mögen sich einige tausend Händler und Industrielle für den weiblichen Freisinn begeistern. Aber das arbeitende Volk hat mit den Schlotterherren und Konfessionsrittern nichts gemein.

Freisinnige Wahlschmerzen.

Recht merkwürdig sind noch die „liberalen“ des Wahlkreises Spandau-Osthavelland hinsichtlich der definitiven Aufstellung eines Kandidaten. Bekanntlich ist vor einiger Zeit von einer „freisinnigen“ Vertrauensmänner-Versammlung der Oberlehrer Dr. Wendt (H. Vp.) zum Kandidaten nominirt worden; von der Kandidatur des Generaldirektors Goldschmidt (gemäßigt) wurde damals infolge der Angriffe in der „Freisinnigen Zeitung“ Abstand genommen. Am Dienstag nun suchte sich Herr Goldschmidt vor etwa 40 Freisinnsmännern auf diese Angriffe hin zu rechtfertigen. Er legte dar, daß seine Stellungnahme zu einigen Fragen, die Gegen Richter ihn heute zum Vortritt machte, von anderen bedeutenden Parlamentariern der freisinnigen Partei getheilt wurde. Besonders merkwürdig erschien es ihm aber, daß Herr Richter, der ihm aus seiner Haltung vor 14 Jahren zur Verlängerung des Sozialistengesetzes einen Vorwurf machte, die Briefe vergisst, die sein besonderer Freund Hertens an verschiedene Parteigenossen geschrieben habe, um sie von der Abkündigung fernzuhalten, damit die Aufhebung des Sozialistengesetzes verhindert würde. Im weiteren Verlauf seines Vortrags schilderte Richter die Gefahren, die aus dem Anwachsen des Agrarismus entstehen könne und wandte sich dann gegen die Sozialdemokratie. Am Schluß erwähnte er die Freisinnigen zur Einigkeit beim kommenden Wahlkampf. Wie veranlaßt, gilt die Kandidatur des Herrn Dr. Wendt bereits als gefallen. Gegenwärtig werden Kustierungen gemacht, einen Kandidaten der „gemäßigten liberalen“ Richtung aufzustellen.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt sind folgende Kandidaten: in Torgau-Liebenwerda von der freisinnigen Volkspartei der bisherige Vertreter Prediger Richter; in Elbing-Marienwerder vom Zentrum Dr. Spahn; in Gnesen von den Konservativen Landrath Coeler; im Siegenkreis von den Nationalliberalen v. Pöschke; in Leipzig-Land von den Konservativen, Nationalliberalen und Bund der Landwirthe Schlossermeister Oehler; in Bismarck (Waden) von den Nationalliberalen Dr. Meyer. Prinz zu Schönau-Carolath hat eine Kandidatur für die nächsten Wahlen abgelehnt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. April.

Der Reichstag erledigte heute in erster und zweiter Beratung den provisorischen englischen Handelsvertrag und die auf dem Weltpost-Vertrag zu Weihnachten zu stehende gemeinsamen Vertragsurkunden. Von den der Erledigung harrenden Petitionen gab die der Post-Unterbeamten Gen. Singer Gelegenheit, energisch für die Rechte dieser breiten, aber wenig sorgfältig von der Regierung behandelten Beamten-schaft einzutreten. Die darauf folgende Weiterberatung des Antrages Salisch gedieh nicht weit. Auf der morgigen Tagesordnung steht der im Interesse der Agrarier eingebrachte Gesetzentwurf, betreffend die Naturalisierung für die bewaffnete Macht im Frieden und der Paasche'sche Antrag über die Besteuerung des Sacharins, außerdem die Fortsetzung der Beratung des Antrages Salisch und kleine Vorlagen.

Das Herrenhaus setzte heute die Staatsberatung fort und erledigte eine Reihe von Einzelakten. Das große Wort führte Graf Mirbach, der fast zu jedem Etat irgend etwas vorzubringen hatte, das zu den zur Beratung stehenden Fragen etwa so sagte, wie die Faust aufs Auge. In wiederholten Malen schnitt er Thematik an, die eigentlich vor den Reichstag gehören, die er aber dort nicht zu behandeln wagt, weil nach seinem eigenen Geständnis dort die Diskussionen einen viel zu scharfen und lebhaften Charakter annehmen. Der edle Graf kann nun einmal keinen Widerspruch ertragen.

So verlangte er beim Etat der Finanzverwaltung eine Reorganisation der Reichsbank nach dem Muster der Bank von Frankreich, in dem Sinne einer Befestigung der Notenbank, einer unbedingten Notenausgabe und des Schutzes unseres Goldbestandes. Dieser Forderung widersetzte sich jedoch der Reichsbankpräsident Dr. Koch, der darin eine Entwertung unserer Landesbank erblickt.

Beim Etat des Bureau des Staatsministeriums beantragte Graf Mirbach mit Rücksicht auf die bekannten Verhandlungen über die Drückungsfrage eine Resolution, welche die Regierung ersucht, im Bundesrath nachdrücklich dafür einzutreten, daß bei künftigen Verhandlungen von Gesetzesvorlagen im Reichstage und bei Beschlußfassungen über dieselben jeder Versuch, auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Ausbringung der Militärbeiträge in die Rechte der Einzelstaaten einzugreifen, seitens der verbündeten Regierungen mit größter Entschiedenheit zurückgewiesen werde, und daß ferner hinsichtlich der Ausbringung der Mittel zur Durchführung einer Gesetzesvorlage seitens der verbündeten Regierungen jede Stellungnahme, aus welcher ein Präjudiz gegen das System indirekter Besteuerung hergeleitet werden könnte, vermieden werde. Nach einer nichtstimmigen Erklärung des Fürsten Hohenlohe, worin er der Ansicht Ausdruck gab, daß die Ausgaben der Flottenvorlage voraussichtlich durch die eigenen Einnahmen des Reichs gedeckt werden und daß ferner die Regierung weit entfernt sei, sich gegen die indirekten Steuern auszusprechen, gelangte diese Resolution zur Annahme.

Ebenso wurde gegen den Widerspruch der Regierung eine Resolution angenommen, welche die Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Neuordnung der Wasserfischerei auffordert, die Provinzen und Kreise besser als bisher zu bedenken.

Morgen Fortsetzung der Staatsberatung und Interpellation Klinkowitsch, betreffend Aufhebung der gemischten Transilvanien.

Der Zentralverband der über dem Gesetze stehenden tritt heute, Freitag, abermals zu einer Sitzung zusammen. Sonderbarerweise denkt er sich auch darüber zu unterhalten, ob er weiter mit dem preussischen Vereinsgesetz auf so gespanntem Fuße leben will. Warum soll er es nicht, da sich gegen ihn doch kein Kläger und damit kein Richter finden wird?

Daß der Zentralverband — um mit dem Freiherrn v. Stumm zu reden — die geborene Gesetzesverletzung ist, geht aus seinen Statuten unüberkleglich hervor. Er besteht in der Hauptsache aus lauter Vereinen mit wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Zwecken, vom Anhaltischen Industrieverein und dem Berg- und Hüttenmännischen Verein zu Siegen (nach dem letzten Verzeichnisse) angefangen bis zu der Vereinigung sächsischer Spinnereien und Wollspinnereien und dem Wollwarenfabrikanten-Verein von Orlitz zum Schluß. Daß alle, oder die meisten dieser Vereine „politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern bezwecken“, beweisen ihre regelmäßig wiederkehrenden Beschlüsse und Eingaben zu jeder politischen Tagesfrage. Der Fortschritt-Industrieverein kämpft für Sonntagsarbeit und gegen Frauenarbeit, der Verein der deutschen Zuckerindustrie für Prämien und Frauen-Arbeit, und alle bestimmen den Bundesrath und den Reichstag, wenn ihre Kundgebungen nicht sofort Beachtung finden. Der Zentralverband selber nimmt die Petitionen sofort wieder auf, die der Bundesrath etwa den Einzelvereinen gegenüber abzulehnen sich erlaubte. Alle diese Vereine erfüllen somit in vollendeter Weise die Voraussetzungen des Art. 8 des preussischen Vereinsgesetzes.

Daß sie „mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten“, insbesondere durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane und ähnliche Einrichtungen, ferner durch gegenseitigen Schriftwechsel“, das wird das Direktorium, der Ausschuss und die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes wohl nicht bezweifeln: die Vereine senden die Delegierten; die Delegierten wählen den Ausschuss und das Direktorium; der Zentralverband lebt von den festen Beiträgen der Vereine — schon das letztere genügt nach Obertribunal-Entscheidungen zur Beurtheilung des Sachverhaltes. Auch der Absatz b. des § 8 ist mithin auf das strengste erfüllt — nur heißt es im Vereinsgesetz: die Vereine dürfen das „nicht“, und im Zentralverband thun sie es.

Den Behörden machen wir damit natürlich keinen Vorwurf. Sie sind, wenn diese Beschränkungen überschritten werden, „berechtigt“, solche in Verbindung getretene Vereine zu schließen und aufzulösen und deren Häupter und Vorsteher bis zu drei Monaten einzusperrn. Wir verstehen, daß man von diesem Recht keinen Gebrauch macht, denn nichts macht einen peinlicheren Eindruck, als wenn so angeordnete Stützen der heutigen Ordnung von Polizei und Staatsanwalt beiseite geworfen werden. Wir fragen nur erstaunt: warum will der Zentralverband selber seine Gesetzwidrigkeit feststellen? Will er etwa die Behörden zwingen, gegen ihn einzuschreiten? Oder will er einen unausweichbaren Beweis für das vielbezwinkelte Wort des preussischen Justizministers führen: wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe?

Wir erfahren übrigens soeben aus guter Quelle, daß die Regierungsvorsteher, die regelmäßig in großer Zahl den Sitzungen des Zentralverbandes beiwohnen, bei den Vereinsgesetz-Entscheidungen sich entfernen werden, weil sie nichts von diesen Dingen hören und wissen wollen.

Ueber das bekannte „Redaktionsversetzen“ im § 138a, Absatz 5 der Gewerbe-Ordnung bringt das neueste Heft des Braun'schen „Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik“ einen bemerkenswerten Artikel aus der Feder des Vorsitzenden des Berliner Gewerbegerichts, Herrn v. Schulz. Dieser Herr, dem auch die Offiziösen juristische und sozialpolitische Sachkenntnis nicht abspreehen werden, kommt im wesentlichen zu denselben Schlüssen wie der „Vorwärts“, nämlich daß der von Reichstag und Bundesrath beschlossene und vom Kaiser veröffentlichte Text nicht durch eine Be-

richtigung, sondern nur auf dem ordentlichen legislativen Wege, durch Einreichung, Beratung und Beschlußfassung einer eigenen Gesetzesvorlage abgeändert werden kann, daß aber die im Sinne der Berichtigung vorgenommene Abänderung des § 138a die Lage der Arbeiterinnen zweifellos verschlimmern würde und daß dann mindestens eine Schutzvorschrift erlassen werden müßte, wonach Arbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren, die Sonnabends über 1/2 Uhr hinausarbeiten müssen, nicht auch noch Sonntags beschäftigt werden dürfen. Da die Offiziösen die angebliche Nothwendigkeit der Berichtigung selber damit zu begründen versuchen, daß man den Arbeiterinnen ungeschmälerte Sonntagsruhe verschaffen wolle, so kann die Regierung gegen die Ausnahme einer solchen Schutzvorschrift gar nichts ins Feld führen.

Das Emporschnellen der Getreidepreise. In Frankreich — wie übrigens auch in Deutschland (S. den heutigen Leitartikel) — haben die Sozialisten einen vortrefflichen Bundesgenossen für den Wahlkampf bekommen — nämlich die rasch und schnell steigenden Brotpreise. Theures Brot war in Frankreich seit Jahrhunderten ein wichtiger revolutionärer Faktor. Das Auf- und Abwogen der großen französischen Revolutionen — Sturmfluth zu Ende des vorigen Jahrhunderts richtete sich genau nach dem Steigen und Fallen der Kornpreise. Und jetzt ist es das Haupt der opportunistischen Regierung, Herr Meline, der, als Führer der französischen Kornhändler und Groß-Kornhändler, mit seinen Kollegen persönlich und greifbar für die künstliche Broterhöhung verantwortlich ist. Der ganze uralte Haß des französischen Volkes gegen die „Organisatoren der Hungersnoth“, die „Affameurs“, wendet sich nun gegen Meline — Famine — den Volksanhänger Meline — und kommt den Sozialisten zu gute, die mit großer Mäßigkeit arbeiten und das Steigen der Brotpreise mit Geschick verwerthen.

In Italien werden die Kundgebungen gegen die hohen Brotpreise fortgesetzt. Es liegen folgende Mittheilungen aus den Nothstandsgebieten vor:

Foggia, 28. April. Heute fand vor der Präfectur und später vor dem Rathhause ein Ausrufung zu gunsten einer Herabsetzung der Brotpreise statt. Es werden Truppenverräthungen erwartet.

Rom, 28. April. („Vossische Zeitung“.) Die gestrigen Theuerungs-Unruhen in Bari hatten den Charakter eines förmlichen Aufstandes. Das Stadthaus, Polizeiamt und Steueramt wurden geplündert und angezündet, die öffentlichen Gärten verwüstet. Die völlig unzureichenden Polizei- und Militärkräfte konnten mit Mähe die Familie und Habe des Bürgermeisters schützen und das Erbreehen des Gefängnisses verhindern. Heute ist viel Militär eingetroffen, das die Banken, Geschäftshäuser und öffentlichen Gebäude beschützt. Man befürchtet die Ausbreitung der Unruhen auf das Landgebiet. Bari bietet den Anblick einer belagerten Stadt.

Ostasien. Aus Paris wird telegraphirt: Im Ministerrath theilte der Marineminister Desnord ein Telegramm des Admirals Gigault de la Moissoniere mit, in welchem dieser die am 22. d. M. vollzogene Besetzung der Meereshöhe von Quanzhou anzeigt. Bei der feierlichen Uebergabe waren die Mannschaften der Kriegsschiffe „Bacant“, „Surprise“ und „Eon“ anwesend. Mit den chinesischen Behörden wurden Besuche ausgetauscht. Die einheimische Bevölkerung zeigte eine freundliche Haltung.

Aus Yokohama meldet „Bureau Reuter“: Zwischen Rußland und Japan soll ein Abkommen bezüglich Korea's getroffen worden sein. Rußland willigt danach ein, den Handel und die Industrie Japans im Innern von Korea nicht zu behindern. Jeder Staat verpflichtet sich, das Einverständnis des anderen einzuholen, bevor er Angehörige seines Staates nach Korea entsendet.

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat zur Hebung der Leistung- und Erwerbsfähigkeit der Bevölkerung in den schlesischen Weberbezirken ein Gnadengeschenk von 45 000 M. aus dem Dispositionsfonds bei der Generalstaatskasse bewilligt.

Mit einem oder mehreren Gnadengeschenken ist natürlich die Webernoth nicht zu beseitigen.

Auch werden die schlesischen Weber trotzdem nach wie vor sozialdemokratisch wählen.

Jungerbörse und Agrarier sind in der Theorie ein Herz und eine Seele. Aber wo das Geschäft ernstlich in Frage kommt, da hört die Freundschaft auf, so beim agrarischen Kampfe gegen die Verwendung der Margarine. Für den Margarineverbrauch in den Wäldern sprechen folgende Zahlen, die die „Wälder-Ztg.“ angibt, eine deutliche Sprache. Danach hat die Wirtschaftsgenossenschaft der Wälderrinnung „Germania“ in Berlin, die für den gemeinsamen Bezug der Rohstoffe gegründet ist, an Rohbutter in den Jahren 1896 und 1897 rund 2000 bzw. 2900 Zentner bezogen, während sich der Margarineverbrauch in den nämlichen Jahren auf 4500 bzw. 6450 Zentner stellte.

Wieso schon bei der Margarine hört der Opfermuth der „unentwegten“ Sammelungspolitiker auf.

Die Postfreiheit der regierenden Fürsten. Die fürstlich lippsche Badeverwaltung des Soolbades Salzuflen versendet gegenwärtig, anscheinend an sämtliche deutsche Aerzte, Prospekte ihres Soolbades als „fürstliche Angelegenheit“ portofrei. Die Reichs-Postverwaltung muß so ihre Dienste unentgeltlich den privaten Erwerbsinteressen der Fürsten zur Verfügung stellen.

Ein Exemplar der betreffenden Konvention liegt uns vor.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Aus München wird telegraphirt: Das Schöffengericht I erklärte sich in dem Falle Hardt für zuständig und verurtheilte Margimilian Hardt wegen groben Unfugs, begangen in einem Artikel über König Otto von Bayern in seiner Zeitschrift „Die Zukunft“ zu einer Haftstrafe von 14 Tagen. Der Anwalt hatte das Strafmaß von 6 Wochen beantragt.

In Mülhausen i. G. wurde der 63jährige Gedrucker Felix Reinbold wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Verurtheilte hatte vor etwa 2 Jahren in einer Wirthschaft zu Mülhausen beleidigende Ausrufungen gegen den deutschen Kaiser fallen lassen und war daraufhin verhaftet worden. Nach Schluß der Voruntersuchung wurde er auf freien Fuß gesetzt und entfloß über die französische Grenze. Nach seiner Rückkehr vor einigen Wochen erfolgte seine abermalige Festnahme und jetzt seine Verurtheilung. Das Urtheil betonte, daß das Ansehen des Kaisers bei uns im Grenzland ganz besonders in Ehren gehalten werden müsse; andererseits seien dem Angeklagten aber deshalb mildernde Umstände zuzubilligen, weil er französischer Soldat war.

Frankreich.

Paris, 28. April. Nach dringlicher Verhandlung ist der Kassationshof in der Disziplinarfache Duesnays de Beaurepaire zu dem Beschluß gekommen, sich für kompetent zu erklären. Gleichzeitig wurde dahin erkannt, daß die gegen Duesnays de Beaurepaire bezüglich der Panama-Affäre erhobenen Vorwürfe unbegründet seien. Der so Gerechtfertigte wurde anknacksweltig ermächtigt, dieses Urtheil beliebig zu veröffentlichen.

England.

London, 22. April. (Fig. Ver.) Gorgefern legte der britische Schatzkanzler, Sir Michael Hicks-Beach, dem Parlament

*) Wegen Stoffandrang verspätet.

den Reichshaushalt für 1898/99 vor. Da der Haushalt des abgelaufenen Geschäftsjahres trotz der emporgeschraubten Ausgaben für die Marine einen Überschuss von nahezu 74 Millionen Mark aufweist, konnte der Minister eine ganze Reihe von Steuererleichterungen in Vorschlag bringen und allen Klassen ein Maß an Entlastung bieten. Die wohlhabenden Klassen erhalten Erleichterungen oder Herabsetzungen der Einkommen-, Grund- und Erbschaftsteuer im Betrage von zusammen 8 Millionen Mark, der großen Masse wird eine Ermäßigung der Tabaksteuer um sechs Pence pro Pfund (von 8 Sh. 2 Pence auf 2 Sh. 8 Pence) geboten, was einen Ausfall von über 22 Millionen Mark bedeuten würde. Es ist aber noch als zweifelhaft anzusehen, ob von diesem Steuerabschnitt die ärmeren Klassen der Bevölkerung, die ihren Tabak lothweise kaufen, irgend welchen nennenswerten Vortheil haben werden. Vielmehr dürfte der Hauptvortheil in den Taschen der Fabrikanten und Kaufleute hängen bleiben. Sehr viele Leute hätten deshalb eine Reduktion des Zolles auf Thee, dieses Hauptgetränk des englischen Volkes, lieber gesehen. Im übrigen belustigte der Minister sich und das Haus damit, der phänomenalen Bereitwilligkeit des Parlaments zu Bewilligungen für Heer und Marine ein Loblied zu singen. Er könne für diesen Zweck garnicht genug fordern. Die „Klein-Engländer“ — das heißt die Gegner des Imperialismus und Aufrechterhalter der alten Parole der Liberalen: „Friede, Einschränkung und Reform“ — seien zu einer winzigen Minderheit zusammengeschmolzen. Inzwischen hat sich Herr Hicks-Beach doch bemüht, dem Haus vorzurechnen, daß im Verhältnis zur Größe des britischen Weltreiches die Lasten des britischen Haushalts für Heer und Marine geringer seien als die irgend einer anderen modernen Großmacht. Und eine solche Rechnung war es. So viel kommt bei uns auf die Quadratmeile und so viel zahlen die andern, soviel bei uns auf den Kopf und soviel andernwärts. Wie viel von dem Landbesitz Wälder, wie viele von den Bewohnern bedürfnislose Hindus, Wilde und dergleichen war Nebensache. Aber was verblüffte? Der britische Löwe will sich von den festländischen Völkern, Adlern und Hähnen nicht nach Belieben an Schwanz und Mähne rupfen lassen, und solange die Reichseinkünfte sozusagen automatisch steigen, ist jede ernsthafte Kritik des Reichshaushalts in den Wind gesprochen. Erst wenn einmal dieses Steigen nachläßt, werden die Steuerzahler das Bedürfnis verspüren, näher zu untersuchen, ob bei den verschiedenen Ausgabenposten das Spiel auch überall die Karten werth ist, die dabei verbrannt werden.

Am gleichen Tage, wo Herr Hicks-Beach in Westminster vor den Volksvertretern einen Haushalt von über zwei Milliarden vormalischen Pfund, malte in der City (im Großen Cannon Street Hotel) Herr Cecil Rhodes den Aktionären des nach ihm benannten Rhodesia ein verlockendes Bild von der Zukunft seiner südwestafrikanischen Schöpfung aus. Und so faszinierend wirkte die Persönlichkeit und der Vortrag dieses modernen Konquistadoren auf sein Publikum, daß die Mitglieder alle bewährten Geschäftsprinzipien vergaßen und für das auf sehr zweifelhaften Fundamenten aufgebaute Zukunftsbild nur lauten Beifall hatten. Im Effekt liefen die Ausführungen des Herrn Rhodes nur auf neue Geldforderungen hinaus. Das Aktienkapital von Rhodesia soll um 80 Millionen Mark erhöht werden, von dem zunächst fünf Millionen mit 100 pCt. Aufschlag auf den Markt gebracht werden sollen. Außerdem will Herr Rhodes 40 Millionen Mark für eine Eisenbahn von Bulawayo nach dem Tanganyika-See haben, und zwar soll hier die Reichsregierung als Bürge eintreten, damit das Geld zu einem billigeren Zinsfuß erlangt werden kann. Um die Stimmung für dieses Unternehmen zu erhöhen, sprach er nicht nur von den Reichthümern des Sambezi-Distrikts, sondern ließ er auch wieder sein altes Projekt einer rein englischen Verbindungslinie von Kapstadt bis Kairo aufmarschieren. Vom Norden her kommt General Ritchener und vom Süden her rücken wir die Verbindungsline vorwärts“ — bis ganz Afrika der britischen Welt offen liegt. Der Vortrag verfehlte seine Wirkung nicht. Unter stürmischen Beifall wurden Herr Rhodes und seine Kollegen wieder in das Direktorium von Rhodesia gewählt, in dem übrigens nach dem von Herrn Chamberlain abgeduldeten Reglement auch die Reichsregierung ihre Vertreter hat. Ob aber die Regierung und das Parlament für den Rhodes'schen Eisenbahnplan zu haben sein werden, bleibt noch abzuwarten. Sicher ist nur, daß die Masse des Publikums — und zwar nicht nur des Börsenpublikums — Herrn Rhodes den „einen Fehler“ — oder die eine Tölperei — längst verziehen hat und daß der Grobber von Nataliland heute fast ebenso populär ist wie vor dem Jameson'schen Einbruch in den Transvaal, trotzdem die Berichte von Ansehlichen aus Rhodesia durchaus nicht sehr verführerisch lauten.

Rußland.

Odesa, 28. April. Der Dampfer der Freiwilligen-Flotte „Drel“ ist nach Wladimirof abgegangen; derselbe hat Passagiere und 1290 Kisten, welche nach dem Uffuri-Gebiet gehen, an Bord. Ferner hat der Dampfer rollendes sowie sonstiges Material für die Mandschuren-Eisenbahn und Güter geladen.

Beeinflussung von Abgeordneten.

Wie's gemacht wird! Am Donnerstag stand im Reichstage eine Resolution Paafe-Möfke zur Verhandlung, die veränderten Regierungen zu erlauben, dem Reichstage in seiner nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verwendung von Surrogaten und der Zusatz von Süßstoffen und sogenannten Konservierungsmitteln bei der Bierbereitung, wie in Bayern und Baden, auch in der Brauereigemeinschaft verboten wird.

Mit der Resolution zur Verhandlung kommen sollte, beantragte der Abg. Richter, sie von der Tagesordnung abzuschieben, (da der Abg. Hermeß, welcher hiergegen sprechen wollte, verhindert sei, zu erscheinen).

Das Haus stimmte dem Antrage Richter's zu — leider erst eine Stunde später kam ein unserer Abgeordneten ein Material in die Hände, das deutlich zeigt, welche Gründe es gewesen sind, daß sich die Mehrheit des Reichstages für Vertagung erklärte, eine Vertagung, die gleichzeitig ein Verabreich sein soll, was aber die sozialdemokratische Fraktion nun vereiteln wird.

Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Sacharinfabriken alle Hebel in Bewegung setzen, um die Annahme eines solchen Antrags zu hintertreiben. Zu diesen Hebeln gehört die Mandatsaufhebung vieler, auch sogenannter volkfreundlicher Politiker im hohen Maße. Die Sacharinfabriken haben nämlich die mittleren und kleinen Brauereien zur Gegenagitation aufgestellt und bei einer nicht unbedeutenden Zahl — etwa an 500 — so sehr Mäcch gehabt, daß diese Brauereien den Abgeordneten ihres Kreises um das Mandat bange machten! Wer nicht für das Bierpaafe ist und demgemäß nicht hilft, die Resolution Möfke zu Falle zu bringen, soll von den Süßbudenbesitzern, welche mit Sacharin und anderen Surrogaten paafe, als „Feind der Ordnung“ bei der Wahl bekämpft werden!

Gegen die Resolution Möfke sich zu erklären, ist aber auch dem mandatsungültigen Paafe-Möfke dadurch unmöglich, daß dieser selbst Reichstag am 23. März 1898 fast einstimmig einen Antrag unserer Fraktion annahm, daß auch in der norddeutschen Brauereigemeinschaft zur Bierbereitung nur Paafe, Malz, Hopfen und Wasser verwendet werden dürfe, wie es in Bayern von jeher Gebrach ist. Dieser Antrag schließt jede Bierpaafe aus, noch nicht dazugegen zu stimmen, wegen der Mandatsgültigkeit, doch nicht.

Deshalb sucht man die Vertagung zu hintertreiben, was auch der Agrarier recht ist, weil diese einige gehäufte Doppelzentner Stroh durch die Bierpaafeerei los werden! Im Februar 1898 hat unsere Fraktion ebenfalls einen solchen gegen die Bierpaafe gerichteten Antrag gestellt, dem damals nur begründete; damals wurde er abgelehnt.

Wie die Sacharinfabrik von Fahlberg, Dist. u. Komp. die Agitation für ihr in der Brauerei nur zu betrügerischen Zwecken verwendetes Sacharin betreibt, zeigt folgende Nachricht des offiziellen Organs des Bundes der mittleren und kleineren Brauereien der „Deutschen Brau-Industrie“, Berlin, vom 24. April 1898:

„Welche Zwecke die ganze Agitation der Firma Fahlberg, Dist. u. Komp. eigentlich verfolgt, wird den Klein- und Mittelbrauereien am ehesten daraus klar, daß

1. diese Firma die von ihr entworfenen Petition als „Petition der Brauereien“ verwendet, damit also bei vielen Brauereibesitzern der Schein zu erwecken sucht, als sei diese Petition von den Brauereibesitzern ausgegangen.

2. Die Firma sich erdreistet, an ein Mitglied des Vorstandes der mittleren und kleinen Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft zu schreiben:

„Wir erklären uns bereit, dem „Bund der mittleren und kleinen Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft“ den Betrag von M. 1000

für den Fall zu bewilligen, daß seine Gegenagitation und Petition an den Reichstag Erfolg hat, d. h. der Antrag Paafe wegen Verbot des Sacharin für Bier abgelehnt wird oder wenigstens den obengedachten Brauereien nach wie vor die Anwendung des Sacharin in der bisherigen Weise gestattet bleibt.

Die Vergütung soll ein Äquivalent für die besonderen Müheleistungen, Spesen und Unkosten sein, die der „Bund der mittleren und kleineren Brauereien“ in dieser Angelegenheit hat.“

Die „Deutsche Brau-Industrie“ fügt hinzu: „Dieser ungeheuerlichen Thatsache gegenüber ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß der „Bund der mittleren und kleineren Brauereien“ eine Gegenagitation und Petition an den Reichstag nicht in die Wege geleitet hat.“

Es ist allerdings eine ungeheuerliche Thatsache, daß die Sacharinfabrik durch solche „Zuwendung“ an die mittleren und kleinen Brauereien ihre eigenen Geschäfte fördern will; diese Zuwendung steht wie eine Bestechung aus und ist eine Verleumdung derer, denen man das Anerkennen zu machen wagt.

Der Zusatz von Sacharin wie der aller anderen Surrogate ist eine Schädigung gerade der ärmeren Volksschichten, denn diese erhalten dadurch keineswegs das Bier billiger, sondern nur an Stelle eines gesunden Malzbräus ein Gepaßtes, das keineswegs so verdaulich ist, wie der Malzbräu, der im Malzbier enthalten ist. Dazu kommt noch, daß gerade Kummel, Malzbier und dergleichen mit Sacharin künstlich süß gemacht wird, dadurch den Anschein größerer Malzgehalts gewinnt und doch nur ein elendes Gefüll ist.

Die Sacharinfabrik von Fahlberg rühmt sich, daß 500 Brauereien die Petition an den Reichstag unterschrieben haben. Nun wohl! Dann wird man endlich erfahren, in welchen Brauereien das Paafe die Geschäftsgrundlage bildet! Die Arbeiter werden sich diese Adressen merken und sich hüten, solches Paafschmier zu trinken!

Parlamentarisches.

Der Schluß der Session. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Präsidium des Reichstages die Arbeiten so zu beschleunigen, daß der Schluß des Reichstages Ende nächster Woche stattfinden kann. Wann wird die Wahltagung mit Hochdruck beginnen. Da noch eine Reihe wichtiger Abstimmungen bevorstehen, dürfte der Reichstag in nächster Woche beschlußfähig sein. Zentrum und Konervative haben ihre Mitglieder benachrichtigt, für nächste Woche hier in Berlin zu sein, die linksstehenden Parteien dürften diesem Beispiel folgen.

Partei-Nachrichten.

Maisier. In Erfurt, Rassel, Bielefeld und Gersford sind die geplanten Umzüge nicht genehmigt worden, was, da es sich um preussische Städte handelt, ja als selbstverständlich gelten darf. In Gersford hat man aber noch ein übriges, indem den Frauen, Lehr-lingen und Schülern die Theilnahme an der Maisier untersagt wurde.

Mit Preußen konfliktiert selbstverständlich Sachsen wieder nach Köln. So ist in Oelsburg i. V. weder ein Kongress noch ein Kommerz nebst Festrede erlaubt worden; der Bürgermeister äußerte sich dahin, er werde niemand Erlaubnis geben „an den Umsturzbestrebungen am 1. Mai“. Möglicherweise wird auch noch die Volksversammlung verboten, die nun an Stelle der unterlagen Festlichkeiten eintreten ist.

In Nürnberg ist die Erlaubnis zu dem Festzuge vom Magistrat mit der geistreichen Begründung verweigert worden, daß „öffentliche Aufzüge durch die hiesigen Straßen den sich fortwährend vermehrenden Verkehr in erheblicher Weise belästigen und gefährden“. „Es seien“, so heißt es in der Begründung, „in letzter Zeit solche öffentliche Umzüge nur aus besonderen Gründen und Veranlassungen gestattet, welche in dem vorliegenden Falle nicht vorhanden sind.“

Hierzu bedarf es keines weiteren Zeugnisses, daß der Magistrat der städtischen Metropole immer noch aus waschechten „Freisinnigen“ besteht.

Im Gegensatz zum Nürnberger Magistrat fühlt sich der Magistrat Münchens durchaus nicht geschmeichelt, zu den Gemeindevorstellungen gerechnet zu werden, die sich an der Hebe gegen die Maisier betheiligen. Das Verbot des Festzuges ist lediglich ein Werk der Polizeidirektion gewesen; der Magistrat hat, wie die „Münchener Post“ erzählt, gegen den Zug sich keine Einwendung gemacht, sondern nur den Wunsch geäußert, daß er sich nicht durch die eben in der Regierung begriffene Lindwurmstraße bewege, sondern einen anderen Weg wähle.

Das Verbotum Sachsen-Gotha hat zwar einen Engländer zum Fürsten, bis jetzt läßt aber nichts darauf schließen, daß dieser gesonnen wäre, seinen deutschen Landesleuten zu der bürgerlichen Freiheit zu verhehlen, die eine der Säulen der britischen Macht ist. Würde doch unsere Parteiengenossen in Gera und Gotha sogar verboten, am 1. Mai den von ihnen geplanten Auszug nach der Geraer Straße zu unternehmen. Die Beschwerde gegen diese Maßnahme wird ja möglicherweise vom Ministerium für begründet erklärt werden, immerhin zeigt auch dies Verbot, wie arg die Unfreiheit ist, unter der die deutschen Arbeiter im Vergleich zu ihren englischen Kameraden leben müssen. Diese können die Maisier im großartigen Maßstabe veranstalten, ohne daß es den Behörden einfiel, sich einzumischen. So marschieren die Londoner Arbeiter in riesigen Zügen aus den Vierteln, wo sie wohnen, nach dem Hyde-Park und die Polizeibeamten sorgen nur, daß sie ungehindert marschieren können. Im Hyde-Park werden 11 Tribünen errichtet werden, davon eine als internationale Tribüne, von der herab Redner der verschiedenen Nationalitäten in ihrer Sprache reden werden. Die Hauptresolution spricht den Grundsatz der Versammlung an die Genossen in allen Ländern aus und ihren Entschluß, für die Abschaffung des Kapitalismus und die Verwirklichung eines internationalen Genossenschaftlichen Gemeinwesens mit Kollektiveigentum an allen Produktionsmitteln zu wirken. Für die unmittelbare Gegenwart fordert sie den geschäftlichen Achtsamkeit, freien Unterhalt aller schulpflichtigen Kinder, sowie das allgemeine Stimmrecht mit Direktwahl und dem System der Stichwahlen. Der Aufruf an die Arbeiter zur Theilnahme an der Maisier charakterisiert die vorjährige Jubiläumssfeier als eine Weltausstellung für den Militarismus, dessen verderbliche Wirkung der Gera-Prozess gezeigt habe. Es wird an die große Steuerlast erinnert, die Juden trotz Hungernoth und Pest haben aufbringen müssen, an die wüthende Konkurrenz der kapitalistischen Länder um Kolonialgebiete China's und Ostafrika's. Am Beispiel des großen Maschinenbauer-Kampfes wird alsdann die Nothwendigkeit nationaler und internationaler Föderation der Arbeiterorganisationen nachgewiesen, und der Aufruf schließt mit

Hervorhebung der Wichtigkeit direkter Vertretung der Arbeiter im Parlament zur Wahrung ihrer Klasseninteressen.

Aus Kiel wird uns mitgeteilt: Die hiesige Polizeidirektion hat an den Vertrauensmann unserer Partei in G. a. a. r. b. das zu ihrem Bezirk gehört, das Verlangen gestellt, er solle den Inhalt der Festrede schriftlich einreichen! Dieses Ansinnen dürfte wohl einzig dastehen.

Die „Vossische Zeitung“ giebt sich, wie alljährlich, so auch diesmal wieder die erdenkliche Mühe, die Maisier als eine bedeutungslose Spielerei der Arbeiter darzustellen. Es ist ja überflüssig, jemand zu belehren, der sich nicht überzeugen lassen will, daß er irrt, aber Lante Voss könnte wenigstens so viel Selbstkritik haben, um an den kolossalen Aufwindungen, die die Regierungen nun Jahr für Jahr gegen die Maisier machen, zu merken, daß die Bedeutung der Feier nicht nur nicht zurückgegangen, sondern in stetigem Wachsthum begriffen ist. Wenn die „Vossische Zeitung“ weiter meint, die Resolutionen der Mainerversammlungen seien auf die Gesetzgebung ohne Einfluß, so ist sie auch hierin auf dem Holzwege, denn diese Beschlüsse helfen gerade durch ihre ständige Wiederkehr die öffentliche Meinung an die dereinstige gesetzliche Durchführung der Arbeiterforderungen gewöhnen und schaffen dadurch die Grundlage zur Verwirklichung der Gesetzgebung. Die Arbeiter wissen, daß ihre Sache nicht auf heute und morgen gestellt ist; die Mäcch des organisierten Proletariats mahlen langsam, aber sicher.

Zu den Gemeinderath der Dörfer G. u. t. e. n. b. e. r. g. und B. r. u. d. d. o. r. f. bei Halle a. S. wurde je ein Kandidat der Arbeiterpartei als Vertreter der dritten Klasse gewählt.

Die Landeskongress der anhaltischen Sozialdemokratie entschied sich betreffs der Organisationsfrage dahin, daß jeder der beiden Wahlkreise eine zentrale Organisation enthält, im übrigen aber das bisherige Vertrauensmänner-System beibehalten wird. Eine dreigliedrige Kommission ist beauftragt, die Statuten auszuarbeiten.

Das Wachsthum der Sozialdemokratie in Bayern. Bei der ersten Reichstagswahl im Jahre 1871 vereinigte die Sozialdemokratie auf ihre Kandidaten in Bayern 2519 Stimmen. 1874 wurden schon 17381 Stimmen, darunter 752 von Balleanten, abgegeben. 1877 stieg die Zahl auf 27019, die indes unter dem Mittelstimmchen im Jahre 1878 auf 22532 zurückgingen. 1881 wurde die Scharte ausgeweht, da 31760 sozialdemokratische Stimmen fielen und unser erster Abgeordneter in Bayern, Grillenberger, in der Stichwahl gewählt wurde. 1884 nahmen die sozialdemokratischen Stimmen wieder erheblich zu, sie betrugen 84899 und neben Grillenberger in Nürnberg wurde Wolmar in München II gewählt. 1887 vermehrten sich die Stimmen um 19875, unsere Kandidaten erhielten 54774 Stimmen, doch ging der Münchener Wahlkreis wieder an das Zentrum verloren. 1890 wurde nicht nur München II wieder geholt, Nürnberg behauptet, sondern auch München I gewonnen und die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen wuchs um 46326 und betrug sich auf 101100 Stimmen. Zu diesen 101100 Stimmen gesellen sich 1893 weitere 24832 Stimmen, so daß bei der 98er Wahl in Bayern 125932 Stimmen abgegeben wurden. Nürnberg und München I und II blieben im Besitz unserer Partei, in G. u. t. h. i. n. g. der Sieg an wenigen hundert Stimmen.

Das Zentrum dagegen, das im Jahre 1874 noch 481740 Stimmen erhielt, sah die Zahl derselben im Jahre 1890 auf 345774 und im Jahre 1893 auf 333699 sinken und seit 1890 bis 1893 ging die Zahl seiner Mandate von 83 auf 80 zurück.

Politisches, Gerichtliches etc.

Rebakteur Schmutzler vom Volksblatt für Anhalt hat die einmonatige Strafe angetreten, die ihm wegen Verleumdung des Direktors Roth zubilligt worden ist. Auf sein Ersuchen sind ihm von der Staatsanwaltschaft die erfreulichsten Zugeständnisse in Beziehung auf Zeitungslektüre, Verlesung etc. gemacht worden.

Die Parteigenossen Wahle und Gärtner in Magdeburg, die der Vornahme einer unerlaubten Kollekte angeklagt waren, sind vom Landgericht freigesprochen worden.

In dem abenteuerlichen Kampfe, den die ungarischen Gewaltthäter gegen die sozialistische Volksbewegung führen, ist die Zeitung der sozialdemokratischen Partei Ungarns selbstverständlich den feigsten Angriffen ausgesetzt. Vierzehn von den Mitgliedern der Parteileitung wurden aus Budapest ausgewiesen und gegen die dort verbliebenen paar Mitglieder sind Gefängnisstrafen ausgesprochen oder noch Prozesse im Gange, die wahrscheinlich ebenfalls zur Verurteilung führen werden. Die vom Parteitag gewählte Parteileitung wird daher bald vollständig gesprengt sein und man wird die Beforgung der Partei-Angelegenheiten einem provisorischen Komitee übertragen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Den Berliner Feilenbauern zur Kenntniß, daß das Material betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse an die Mitglieder der in der Versammlung vom 17. d. M. gewählten Kommission einzusenden ist. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei G. Menz, Georgenkirchstraße 17, geöffnet von 12—1 Uhr mittags und 8—8 Uhr abends.

Die Vertrauensleute der Vergolder werden ersucht, in ihren Werkstätten zu reger Theilnahme an der Maisier aufzufordern. (Siehe heutiges Inserat.) Der Vertrauensmann.

Achtung, Puhler! Nachdem die öffentliche Versammlung der Puhler Berlin und Umgebung am 26. April sich mit dem von der Lohnkommission herausgegebenen Regulative einverstanden erklärt hat, werden die Kollegen ersucht, auf den Bauten, wo die Puhlerträger eine Lohnverhöhung fordern und der abgeschlossene Preis dem Tarif nicht entspricht, an den Arbeitgeber heranzutreten und ebenfalls eine Erhöhung des verabredeten Preises zu fordern. Besonders wird es den Kollegen zur Pflicht gemacht, unsere 1800er Forderung voll und ganz anrecht zu erhalten und sich den Bedingungen des Regulatives unterzuordnen. Wird die Forderung in Schroffer Weise zurückgewiesen, so hat auf den Bauten so lange die Arbeit zu ruhen, bis ein Ausgleich zu Stande kommt. In der letzten Versammlung wurde der Kollege Adolph Köhn irrtümlich unter die Puhlermeister gerechnet. Derselbe hat im vorigen Sommer sein Mißgehen an die Firma Lieberholz verkauft und arbeitet seit der Zeit auf freien Bauten. Die geplante Mainerversammlung findet in diesem Jahre nicht statt. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. In Weiskensfeld hat die Lohnkommission der Zimmerer den Unternehmern eine Forderung von 35 Pf. Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit unterbreitet. Bei Ablehnung der Forderung werden die Arbeiter in den Ausstand eintreten. Ueber das Baugeschäft von Mahler ist bereits die Sperre verhängt.

In Quersdorf befinden sich 180 Maurer im Ausstand. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit und 30 Pf. Stundenlohn.

In Offenbach haben die Zimmerer erreicht, daß in sechs Geschäften ihre Forderungen zum Theil anerkannt wurden. Fünf Firmen verhielten sich ablehnend und wollen hier die Arbeiter die Vermittelung des Gewerbegerichts anrufen.

Ein Telegramm aus Magdeburg meldet uns, daß der Arbeiterverband beschloß, am 30. April sämtliche Maurer und Bauarbeiter auszusperrten.

Arbeiterkühn im Baugewerbe. Unter dem Namen Kommission für Bauarbeiterkühn hat sich in Hamburg eine Kommission gebildet, die sich zur Aufgabe gestellt hat, dahin zu wirken, daß den Arbeitern dieses Berufes ein ausreichender Schutz gegen Bau-Unfälle durch Reichsgesetz garantiert wird. Die Kommission ist der Meinung, daß die Arbeiter bei Festlegung der

Schulvorschriften ein Wort mitreden sollten, sowie auch ihre Mitwirkung bei Überwachung der Schulvorschriften gesichert werde. Die gegenwärtigen Vorschriften, in erster Linie die Polizeiverordnungen, empfiehlt die Kommission schon jetzt voll auszuführen.

Damit auch auf diesem Gebiete streng planmäßig vorgegangen wird, will die Kommission Normalvorschriften ausarbeiten und auch sonst den Berufsgeoffenen mit Rath und That an die Hand gehen. Durch wiederholte, wohlorganisirte Baukontrollen seitens der Arbeiter müßten die Mißstände beseitigt werden, damit die Behörden nicht umhin können, helfend einzugreifen.

Neben der Förderung des direkten Schutzes gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter erachtet die Kommission als weitere Aufgabe für sich, dem von den Zünftlern geforderten „Befähigungsnachweis“ ein ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden. Sie hält die Verhütung der Baunfälle durch den Befähigungsnachweis für nicht erreichbar. Der Bauschwindel lenkt auch die Aufmerksamkeit auf dieses Gebiet; besonders da durch den bekannt gewordenen Geschehnisse der Arbeiter fast gar nicht berücksichtigt wurden. Zur weiteren und endgültigen Förderung dieser Bestrebungen hält die Kommission für notwendig, daß die von ihr zu betreibende Agitation die weitere Autorisation der gesamten Bauarbeiter Deutschlands findet durch einen allgemeinen Bauarbeiter-Kongress.

Der Kongress müßte baldmöglichst, etwa zu Beginn des Jahres 1899, stattfinden. Die Kommission wird, wenn nicht ganz besondere Hindernisse eintreten, die Einberufung des Kongresses in die Wege leiten. Dieser kurze Hinweis dürfte vorläufig genügen, alle Interessenten mit dem Plane vertraut zu machen.

Der Kommission ist zunächst besonders damit gebietet, daß ihr Baupolizeiverordnungen, einschlägige Broschüren, Aushangungen in der Presse (besonders auch Gerichtsurtheile über Baunfälle), Petitionen, Anträge, Körperschaftsbeschlüsse u. zur Verfügung gestellt werden.

Die Kommission besteht aus je zwei Angehörigen der Bauarbeiter, Maler, Maurer, Ofenseher, Tischler- und Zimmergewerbe und sind alle Anfragen und Sendungen an Th. Schmiedburg, Hamburg, Neue Brennerstr. 16 I, zu richten.

Gleiches Recht für alle. Unserem Kölner Partei-Organ wird aus Eupen geschrieben: Als jüngst das Landgericht zu Düsseldorf den Vorsitzenden des Vereins der Industriellen von Rheinland und Westfalen freisprach, obwohl er eine Vorstandssitzung, die von 36 Personen besucht war und Stellung zur damaligen Flottenvorlage nahm, polizeilich nicht angemeldet hatte, da sprachen wir die Erwartung aus, daß nun auch den Arbeitern gegenüber das Vereinsrecht in der gleichen Weise aufgelegt werde. Das Gericht entschied, Sitzungen sind keine Versammlungen, sagte allerdings nicht, was denn eine „Sitzung“ sei. Nun wissen wir es aber. Die Superior Polizeiverwaltung hat den „Christlichen Textilarbeiter-Verband“ aufgefordert, auch seine Vorstandssitzungen angemeldet. Demnach sind „Sitzungen“ Zusammenkünfte von Jüngern. Grubenbaronen, Fabrikanten und ähnlichen Staatsknechten, auch wenn sie sich mit eminent politischen Fragen befassen; dagegen hat man unter Vorstandssitzungen, Besprechungen und dergleichen allemal dann „Versammlungen“ zu verstehen, wenn sie von Arbeitern abgehalten werden.

Die Holzarbeiter in Böhmen verlangen eine zehnprozentige Lohnerhöhung und zehnstündige Arbeitszeit. Sollte dem Wunsche der Arbeiter nicht entsprochen werden, so wird es am 1. Mai zum Ausstand kommen.

Der Tapeziererstreik in München ist bei einigen größeren Firmen immer noch nicht zum Abschluß gekommen. Es wird deshalb gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Die Lohnbewegung der Glaser in Ludwigshafen ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Ausland.

Der Bauarbeiter-Streik, der in Eger zum Ausbruch gekommen ist, hat zur Ursache die herrschende Lebensmittelherrung, sowie die Arbeitslosigkeit während des Winters. Die Bauarbeiter verlangen die zehnstündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 1 fl. 80 kr. für Maurer, 1 fl. 40 kr. für Tagelöhner und 1 fl. für Frauen. Die deutschnationalen Herren Baumeister lehnten die Forderungen ab. Rungig ledige Bauarbeiter haben die Stadt bereits verlassen. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine vorzügliche. Am Dienstag Nachmittag versammelten sich die Streikenden auf dem Egerer Marktplatz, um für ihre Forderungen zu demonstrieren. Die Demonstration ist großartig und in vollster Ordnung verlaufen.

In Rosau bei Bodenbach ist ein Streik der Karrer und Kohleneinsamler zum Ausbruch gekommen. Es waren zwei Arbeiterinnen, die von dem alten Gewohnheitsrechte, nach welchem sie täglich eine Kutsche mit nach Hause nehmen konnten, Gebrauch gemacht hatten, von der Direktion wegen Diebstahls zur Anzeige gebracht worden. Die Direktion will in Zukunft nur auf je 1000 entleerte Waggon einen Waggon Kohle bewilligen. Darauf gingen die Arbeiterinnen nicht ein, sondern lezten, 200 an der Zahl, die Arbeit nieder; 100 Karrer schlossen sich ihnen an. Leider sind die Streikenden nicht organisiert; die deutschnationalen Unternehmer bestreben sich natürlich, soviel als nur möglich tschechische Arbeiter als Streikbrecher heran zu ziehen.

Soziales.

Ein neuer industrieller Riesenbetrieb ist im Entstehen begriffen. Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgende Nachricht:

Unter der Firma „Deutsche Niles-Werkzeugmaschinen-Fabrik“ wurde in Berlin eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 6000000 M. zum Zwecke der Herstellung und des Betriebes schwerer Werkzeugmaschinen errichtet. Die Gesellschaft hat durch einen Vertrag mit der „Niles Tool Works Company“ in Hamilton (Ohio) die gesammten Einrichtungen, Patente, Zeichnungen und Modelle dieser amerikanischen Unternehmung für die Errichtung und den Betrieb ihrer Fabrik erworben und sich von ihrer Inbetriebsetzung ab auf einen längeren Zeitraum die ausschließliche Versorgung der größten Abnehmer des europäischen Kontinents gesichert, auf denen die „Niles Tool Works Company“ während der Vertragsdauer keinerlei Bestellungen auf Lieferung von Werkzeugmaschinen entgegennehmen darf. Als Gegenleistung hierfür sind der „Niles Tool Works Company“ 500000 M. Aktien der neuen Gesellschaft gewährt worden. Gründer der neuen Gesellschaft sind die „Aktiengesellschaft Ludw. Löwe u. Co.“, die „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“, die „Berliner Handels-Gesellschaft“, die Direktion der „Diskonto-Gesellschaft“, die „Dresdner Bank“ und das Bankhaus Born u. Busse. Die Errichtung der Fabrik-Etablissements, deren Bau und Einrichtungen der Präsident der „Niles Tool Works Company“, Colonel Alexander Gordon, persönlich überwachen wird, soll sofort in Angriff genommen werden.

Die amerikanischen Werkzeugmaschinen werden als die besten bezeichnet; ist dem so, so wird durch ihre systematische Einführung in Deutschland die hiesige Industrie auf einen höheren Stand der Technik gebracht werden. Andererseits werden die bestehenden Werkzeugmaschinen-Fabriken unter der Konkurrenz der kapitalistischeren deutschen Niles-Werkzeugmaschinen-Fabrik voraussichtlich schwer leiden, und wenn sie die Konkurrenz aushalten wollen, sich ebenfalls zu Riesenbetrieben zusammenschließen müssen, um an Produktionskosten zu sparen und um größere Aufwendungen für die Verbesserung ihrer Maschinen machen zu können. So revolutionirt die industrielle Entwicklung die bestehenden Verhältnisse fortgesetzt auf gründlichste, und da glaubt Herr v. Posadowsky, er könne mit der Sozialdemokratie fertig werden, die lediglich der politische Widerstand dieser durch die kapitalistische Entwicklung verursachter Revolutionierung der Gesellschaftsverhältnisse ist! —

Erklärung.

Nach Berichten aus der Versammlung des letzten Wahlkreises ist die Antwort der Preßkommission an den Genossen Ledebour nur theilweise vorgelesen worden.

Demgegenüber sehen wir uns veranlaßt, unseren damaligen Bescheid im Wortlaut zu veröffentlichen und überlassen es den Genossen Berlins, sich ein Urtheil zu bilden:

„Antw. Beschl. und Auftr. der Preßkommission in Nr. 268 des „Vorwärts“ vom 17. November v. J. sind in Gemäßheit des § 17a des Organisationsstatuts der Partei alle Wünsche und Beschwerden über den „Vorwärts“ fortan stets in erster Reihe, an die von den Parteigenossen Berlins erwählte Preßkommission zu richten. Erst wenn diese, berechtigtem Verlangen keine Abhilfe schaffen kann, wäre die Öffentlichkeit damit zu befragen.“

Die Preßkommission kann Ihnen keine Ausnahme von diesen im Interesse der Partei gegebenen Bestimmungen bewilligen und bedauern wir es außerordentlich, daß Sie den „Vorwärts“ in die Parteipresse hineingetragen, ohne vorher, den für jeden organisierten Genossen maßgebenden Weg zu beschreiten. — Schon aus diesem Grunde wurde der einstimmige Beschl. gefaßt, Ihrem Artikel die Aufnahme zu verweigern.

Wir waren ferner der Ansicht, daß die Redaktion des „Vorwärts“ nur im Interesse der Partei handelt, wenn sie jetzt, bei bevorstehender Reichstagswahl, derartige Polemiken auf das allernothwendigste Maß beschränkt. — Die Preßkommission konnte nicht finden, daß Sie persönlich angegriffen seien, noch viel weniger, daß es nützlich und erprießlich wäre, den Artikel, der nur Ihre persönlichen Anschauungen über einige taktische Fragen widerspiegelt, gerade jetzt in solcher Breite abzuveröffentlichen; daß es vielmehr höchste Zeit sei, die Diskussion über die, nun einmal im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreise feststehende Kandidatur zu schließen und nicht die trennenden, sondern nennenden die einigenden Momente hervorzuhoben.

Wir ersehen in der uns übermittelten Veröffentlichung Ihres Artikels in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ keinerlei Vortheil für die Partei, halten daher auch den gewünschten weiteren Abdruck im „Vorwärts“ nicht für nöthig — lehnt deshalb die Berliner Preßkommission, wie schon bemerkt, Ihre Beschwerde einstimmig ab.

Die Preßkommission.

Gerichts-Beitrag.

Berliner Schulkente. Eine Anklage wegen Widerstandes und groben Unfuges, die die II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I gestern gegen den Schmeid D. o. h. o. zu verhandeln hatte, gab Veranlassung, das Verhalten der Schulkente sorgfältig zu prüfen. Am 6. Januar wurde der Schulkent Ratat von einem gewissen Preuß aufgefodert, den Angeklagten, der sich in angetrunkenem Zustande befand, zur Wache zu führen, weil er ihn ebenso wie andere Passanten vorzüglich angereizt hatte. Die Siftung ging mit Schwierigkeiten vor sich. Der Schulkent, dem ein anderer Kollege zu Hilfe kommen mußte, hatte den Angeklagten fest gepackt, ließ ihn aber auf sein Ersuchen wieder los, weil der Angeklagte versprochen hatte, ruhig mitzugehen. Statt diesem Versprechen nachzukommen, erklärte er plötzlich, nicht weiter zu gehen, sondern umzukehren. Nun packte der Schulkent sehr energisch zu, schob ihn vorwärts, und achte nicht auf das wiederholte Ersuchen des Arrestanten, ihn loszulassen, da er freiwillig mitgehen wolle. Bei diesem zweiten Theile des Transportes soll der Angeklagte mit den Händen um sich geschlagen und den einen Schulkent auch getroffen haben. Soweit hatte dieser Fall besonders Bemerkenswerthes nicht an sich, wenn nicht wieder einmal ein krasser Gegensatz zwischen den Aussagen der Schulkente und mehrerer Zivilpersonen hervorgetreten wäre. Während die Schulkente behaupteten, daß sie nur die Gewalt angewendet hätten, die nöthig gewesen, um den Widerstand des Angeklagten zu brechen, haben zwei Zeugen, der Privatdozent Dr. Lehmann und der Kaufmann Krämer, die Augenzeugen des letzten Theils der Arrestierung waren, sofort nach dem Vorfall eine Versicherung abgegeben, daß das Verhalten der Schulkente bei der Polizeibehörde erhoben. Sie behaupteten auch gestern vor Gericht, daß die Energie, mit der der Angeklagte fortgeschafft worden, die Grenze des Erlaubten überschritten habe. Der Angeklagte sei geradezu gewürgt worden, sobald er wiederholt ganz blau im Gesicht geworden sei, und es sei nicht mehr schön gewesen mit anzusehen, wie man den Angeklagten trotz seiner wiederholten Versicherungen, freiwillig mitgehen zu wollen, fortgeschleppt habe. Nach der Ansicht dieser Zeugen seien die Widerstandshandlungen, die der Angeklagte begangen, nur die Reflexe dessen gewesen, was man ihm anfügte. Derselben Ansicht war auch ein dritter Zeuge, der sich zu der Hypothese verließ, daß die Verhandlung, die dem Angeklagten zu theil geworden, „menschenunwürdig gewesen und aller Zivilisation Hohn gesprochen habe“. — Rechtsanwalt Ulrich beantragte auf Grund dieser Zeugenaussagen die Freisprechung des Angeklagten. Wenn drei Männer aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen übereinstimmend den Eindruck gewonnen haben, daß die Schulkente zu weit gegangen, so werde man davon kaum zweifeln können und der Behandlung der Schulkente nicht unbedingten Glauben beimessen dürfen. Letztere hätten sich auch nicht mehr in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden, wenn sie einen Siftanten, der widerholt versprochen, ruhig mitzugehen, nicht losließen sondern immer nachdrücklicher festpackten. Der Gerichtshof war entgegengelegter Ansicht. Nach seiner Meinung handelte es sich hier nur um „ganz subjektive“ Aufassungen dreier Zeugen, die den Anfang des Vorfalls gar nicht mit angesehen. Die Schulkente seien nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet gewesen, den Angeklagten zu siften, dieser habe gezeigt, daß er freiwillig nicht mitgehen wolle, die Schulkente seien deshalb berechtigt gewesen, mit Gewalt gegen ihn vorzugehen, ohne auf sein schon einmal gebrochenes Versprechen, ruhig mitgehen zu wollen, weiter zu achten. Ob die Schulkente etwas zarter mit dem Angeklagten hätten umgehen können, sei eine Frage, die nicht zur Entscheidung stehe; jedenfalls hätten die Beamten sich in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes befunden. Der Angeklagte wurde wegen Widerstandes zu vierzehn Tagen Gefängnis, wegen des groben Unfuges zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Wir leben am Ende des neunzehnten Jahrhunderts und Schwärmer behaupten, Preußen sei ein Kultur-Staat. —

Unter der Anklage der Bedrohung und des Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung stand gestern der Maurer Heinrich W. h. v. der 140. Abtheilung des Schöffengerichts. Im September v. J. wurde über einen Bau in der Fichtestraße die Sperre verhängt, weil der Voller einige Arbeiter ungebührlich behandelt hatte. Einige der Maurer traten fort zu arbeiten. Sie wollten von dieser Zeit ab seitens der Ausführenden schwerer Verlastigungen ausgefodert werden; die Maurer Moos und Klein ließen sich des Abends durch Polizeibeamte nach ihrer Wohnung geleiten. Unter denjenigen, die die Arbeitswilligen am meisten belästigt haben sollen, gehörte der Angeklagte. Der Gerichtshof erkannte gegen ihn auf sechs Wochen Gefängnis.

Der Krieg.

Die Forts von Matanzas, einer wichtigen Hafenstadt Kubas, wenige Meilen östlich von Havana, wurden am Mittwoch während einer halben Stunde von drei amerikanischen Kriegsschiffen bombardiert. Das Bombardement hatte, nach einer Meldung aus amerikanischer Quelle, den Zweck, die Beendigung der Schanz-

arbeiten bei Puntogorda zu verhindern. Die Batterien an der Ostseite der Bucht eröffneten das Feuer auf das Admiralsschiff „New-York“, welches das Feuer erwiderte. Die Forts gaben 12 Schuß aus 300tägigen Geschützen ab, welche jedoch ihr Ziel verfehlten. Die amerikanischen Schiffe verließen darauf die Bucht und gingen auf die offene See, um die genaue Lage der Batterien festzustellen; sie gaben sodann 300 Schuß auf die Forts ab auf Entfernungen von 4000 bis 7000 Meter. Die halbvolledten Schanzen und Batterien scheinen zerstört zu sein. Die Schanzarbeiten der amerikanischen Schiffe sollen ausgedehnter gewesen sein. Eine erst halb fertige Batterie fandte 5—6 kleinкалибріе Geschosse, von denen zwei über die „New-York“ hinwegflogen. Das Admiralsschiff ist in der Richtung nach Havana abgedampft; „Puritan“ und „Cincinnati“ erhalten die Blockade von Matanzas aufrecht.

Gleichfalls aus amerikanischer Quelle stammt die folgende Nachricht, daß von Washington aus der Befehl erteilt worden sei, zwei leichte Batterien Artillerie, welche gegenwärtig in Chicamanga sich befinden, nach Tampa einzuschiffen. Man hält dies für einen Beweis dafür, daß der Befehl gefaßt worden sei, im sofortigen Vorrück auf Havana mit den Insurgenten zusammenzuwirken.

Aus Havana wird über Key-West gemeldet: „Zwei spanischen Dampfern gelang es, die Blockade zu durchbrechen. — Zwei amerikanische Monitors brachten zwei mit Kohlen beladene Fahrzeuge auf; dieselben wurden jedoch alsbald freigegeben, als sich ergab, daß sie deutscher Nationalität waren. — Das spanische Kanonenboot „Pigra“ traf auf der Höhe von Cayo Piedra bei Matanzas auf den amerikanischen Torpedojäger „Gushing“, dieser gab Feuer; die „Pigra“ antwortete mit 10 Schuß, worauf sich der „Gushing“ beschädigt zurückzog. — Der spanische Dampfer „Monserat“ ist wohlbehalten in Cienfuegos angekommen.“

Direkt aus Key West liegt ferner die folgende Depesche vor:

Das Kriegsschiff hat sich bei verschlossenen Thüren konstituiert; die Entscheidungen desselben sollen erst bekannt gegeben werden, wenn die ganze Frage geregelt ist. — Es entsteht die Frage, was mit den gefangenen genommenen Mannschaften und Passagieren geschehen soll, deren Zahl sich auf 230 beläuft. Das Kriegsdepartement hat Anweisungen erteilt, die gefangenen Spanier mit aller Rücksicht zu behandeln. Die Offiziere werden als Zeugen zurückbehalten, dagegen ist die Mannschaft bereits in Freiheit gesetzt worden; die spanischen Marinemannschaften fürchten jedoch für sich, wenn sie in einem feindlichen Hafen landen und werden wahrscheinlich unter dem Schutze der Bundesstruppen in einer Kaserne untergebracht werden.

Der Monitor „Terror“ brachte gestern das Schiff „Guido“ auf, das einen Haumgehalt von 2065 Tons hat. Die Ladung des „Guido“, welcher auf der Fahrt von Liverpool über Corunna nach Havana begriffen war, bestand in einer großen Menge Lebensmittel und Geld für die spanischen Truppen. (V)

Am Bord des von den Amerikanern gekaperten Schiffes „Bolivar“ wurden 300000 Pesetas vorgefunden.

Die Kriegskosten aufzubringen, macht den Vereinigten Staaten keinerlei Schwierigkeiten, doch herrscht Uneinigkeit über die Art, wie dies geschehen soll. Der Londoner „Standard“ meldet aus Washington, die amerikanische Regierung habe die Steuer auf den Tonnengehalt fremder Schiffe um 2 Doll. pro Tonne erhöht, sobald die Kosten des Krieges die Europäer zu zahlen hätten. Andererseits wird aber gemeldet, daß eine Anleihe aufgenommen werden soll. Die amerikanischen Silberholde wollen nun die Gelegenheit benützen, um die Rückzahlung der Anleihe in Silber zu erzwingen, ja sie wollen die unerschütterbaren Silberbarren, die die amerikanische Regierung in Befolgung einer gänzlich verfehlten Währungspolitik aufstapeln mußte, ausmengen. Dies würde eine verhängnisvolle Verschlechterung der Währung bedeuten, deren wirtschaftliche Folgen den Krieg noch bedenklicher erscheinen lassen würden. Auch die nie zur Erledigung kommende Frage der Einkommensteuer spielt in die Frage der Kriegskostenbedeckung hinein. Von einigen freiwilligen Spenden zum Kriegsfonds, die aber natürlich lange nicht reichlich genug sind, um die Frage der Kostenbedeckung überflüssig zu machen, wird berichtet. Die Anwerbung der Freiwilligen dauert unter großem Zudrange unverändert fort.

Eine große Aktion gegen die Philippinen bereitet sich vor. Da die amerikanische Flotte in den asiatischen Gewässern keinen Zufluchtsort anlaufen kann, liegt es in dem dort zu befolgenden Kriegsplan, einen Anlauf auf den Philippinen möglichst bald zu besetzen, um eine Basis zur Verproviantierung zu haben. Eine Hongkonger Depesche der „Times“ meldet, daß ungeachtet der antilichen Ablehnungen die Amerikaner auf Luzon thatsächlich noch immer Streifzüge gegen die Städte unternehmen.

Den „Times“ wird ferner aus Hongkong vom 27. d. gemeldet: Die amerikanische Flotte ging heute um 2 Uhr nach Manila in See. Der britische Kreuzer „Immortalität“ folgt der Flotte.

Ein Theil des asiatischen Kreuzergeschwaders des Deutschen Reichs hat Befehl erhalten, sich nach Manila zu begeben, um die dortigen deutschen Interessen zu schützen.

Aus Gibraltarr gemeldet wird, Kreuzen seit gestern in der Meerenge von Gibraltarr ein spanischer Kreuzer und zwei spanische Torpedobote. Sie erwarten ein amerikanisches Kriegsschiff. Aus Bern wird der „Frl. Jg.“ telegraphirt: Die spanische und die nordamerikanische Regierung haben den diplomatischen Vertretern der Schweiz mitgeteilt, die beiden Krieg führenden Staaten würden den Vorschlag des Schweizer Bundesrathes, betreffend die Anwendung des Julausartikels zur Genfer Konvention vom 20. Oktober 1864 auf den gegenwärtigen Krieg erwägen und dem Bundesrath in kurzer Frist diebezügliche Erklärungen zugehen lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 28. April. (Abgeordnetenhaus. Beratung der Sprachenanträge.) Der erste Antragsteller Prinz Liechtenstein (christlich-sozial) führt in längerer Rede aus, wenn die Czechen Frieden wollen, müssen sie das Prinzip annehmen, daß in czechischen Gegenden czechisch, in deutschen Gegenden deutsch und in gemischt-sprachigen Gegenden doppelsprachig amtlich wird. Der Redner weist darauf hin, daß beide Nationalitäten getrennt wohnen, so daß dieses Prinzip leicht durchzuführen sei, und tritt für die deutsche Staatsprache ein. Seine Partei halte an der deutschen Gemeinbürgerschaft fest und werde stets für die bedrückten Stammesgenossen eintreten. (Beifall auf der ganzen Deutschen Bank.) Die Verhandlung wurde sodann abgebrochen.

London, 28. April. (S. G.) Die spanische Fabrik für rauchloses Pulver in Santa Cruz soll durch eine Explosion zerstört worden sein.

London, 28. April. (W. T. G.) Unterhaus. Provand fragt die Regierung an, ob sie spontan der deutschen Regierung angezeigt habe, daß es nicht in der Absicht Englands läge, die deutschen Rechte und Interessen in Schantung in Frage zu stellen, auch nicht eine Eisenbahn-Verbindung von Weihaiwei oder dem dazu gehörenden Gebiete nach dem Innern herzustellen. Der Erst-Lord des Schatzes Balfour erwidert, eine solche Erklärung sei von ihm angeregt worden, um ein Mißverständnis zu verhindern; dieselbe enthalte die genaue Wahrheit, nämlich, daß die Befestigung von Weihaiwei, obwohl dieselbe auf der Halbinsel Schantung liege, nicht gegen die deutschen Rechte in jener Provinz gerichtet sei. Wie dem Ganzen bekannt, sei die Befestigung aus strategischen und politischen nicht aus kommerziellen Gründen erfolgt. Sie habe nichts mit Deutschland oder deutschen Interessen zu schaffen, und es erschien recht, dies zu sagen. Die Mittheilung an Deutschland sei spontan aus der Initiative der britischen Regierung hervorgegangen. Der Bau einer Eisenbahn nach Weihaiwei sei unmöglich. Er glaube, der Hafen von Antschan am Golf von Peking sei in das an Rußland verpachtete Gebiet mit einbezogen.

Konstantinopel, 28. April. (Wiener Tel.-Korr.-B.) Im Vilajet Hedhas herrscht Hungersnoth. Der Sultan ordnete Sammlungen zur Beschaffung von Getreide an. —

Reichstag.

77. Sitzung, Donnerstag, 28. April 1898, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Posadowsky, v. Bobbelski, Frhr. v. Tschiermann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der aus den Beratungen des im vorigen Jahre zu Washington stattgehabten Postkongresses hervorgegangenen Vertragsurkunden. Staatssekretär v. Bobbelski: Ein Haupterfolg der neuen Abmachungen besteht im Fortfall der schwierigen Transitstatistik und in der Herabsetzung der Transitgebühren. Weder gibt noch eine kurze Uebersicht über die fortschreitende Entwicklung des Weltpostvereins und bittet um möglichst einstimmige Annahme des Vertrages. Der Vertrag wird darauf in erster und zweiter Lesung debattiert.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reich.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Handelsvertrag mit England läuft mit dem 31. Juli dieses Jahres ab und es sei noch nicht gelungen, ein neues Abkommen mit der britischen Regierung zu treffen. Da es aber im Interesse der deutschen Handelsbeziehungen liegt, eine Unterbrechung nicht eintreten zu lassen, so ist im vorliegenden Gesetzentwurf ein Provisorium versucht worden, das den verbündeten Regierungen gewisse Vollmachten erteilt. Dieselben werden von denselben aber keinen Gebrauch machen, wenn von englischer Seite nicht völlig Gleichwertiges zugestanden wird.

Das Gesetz wird hierauf in erster und zweiter Beratung debattiert und angenommen.

Eine Reihe von Petitionen werden darauf auf Grund mündlicher Berichte der Kommission für den Reichshaushalts-Etat ohne wesentliche Debatte erledigt.

Nur bei einer Petition der Postunterbeamten, betreffend Gehaltsaufbesserung u. s. w., erklärt

Abg. Singer (Soz.), daß durch die Ueberweisung der Petition an die verbündeten Regierungen die Sache keineswegs erledigt sei. Diese Petition wird wie die früheren diesbezüglichen Resolutionen des Reichstages in den Papierkorb wandern. Der Bundesrath hat es ja nicht einmal der Mühe für Werth erachtet, dem Reichstage Auskunft über das Schicksal seiner Resolutionen zu geben. Ich frage daher den Herrn Staatssekretär des Reichs-Postamts, ob der Bundesrath beschloffen hat, im nächstjährigen Etat die von dem Reichstage beschlossene Gehaltssteigerung der Postunterbeamten zu bewilligen (Staatssekretär v. Bobbelski nicht bejahend), und wenn diese Frage bejaht werden sollte, dann ist es zu bedauern, daß diese Gehaltssteigerung nicht schon im Nachtragsetat vorgesehen ist. Wenn der Bundesrath sich davon überzeugt hat, daß die von uns geforderte Erhöhung thatsächlich ein Minimum darstellt, so liegt keine Veranlassung vor, dieselbe noch weiter hinauszuschieben. Der Hinweis auf in Preußen im Aussicht genommene Gehaltsaufbesserungen kann für uns nicht bestimmend sein. Es geht nicht an, den Reichstag abhängig zu machen von den Erwägungen des preussischen Finanzministers, das wäre geradezu eine unwürdige Haltung. (Sehr richtig! links.) Was sollen jetzt noch weisheitsvolle Erwägungen, die der Bundesrath zwischen dem Beschluß des Reichstages und der Aufstellung des Nachtragsetats angeblich nicht hat erledigen können! Für uns bleibt jetzt noch die Frage zu erörtern, ob der Reichstag nicht noch jetzt die geforderte Gehaltssteigerung selbständig in den Nachtragsetat einstellen soll. Bei den geforderten 3 Millionen für Klauschou ist es nicht anzunehmen, daß die Regierung deshalb den ganzen Nachtragsetat wird scheitern lassen; aber selbst auf diese Gefahr hin würde der Reichstag gut thun, diese Summe in den Nachtragsetat einzustellen. Damit freilich kann die Petition noch nicht als erledigt betrachtet werden; sie enthält ja noch eine Reihe von anderen Punkten: die Regelung der Dienstzeit, der Urlaubsverhältnisse, Einführung der Sommerkleidung u. s. w. Der Berichterstatter war der Meinung, daß durch die Ueberweisung an die Regierung die Sache ihre Erledigung finden würde, da gegenüber der geforderten großen Ausgaben wohl auch die Reuegen vorhanden sein werde, die Wünsche der Postbeamten zu erfüllen, soweit sie keine Kosten machen. Diese Wünsche sind von der Regierung längst als mehr oder weniger berechtigt anerkannt worden, aber es ist noch sehr wenig geschehen. Deshalb können wir den Etat nicht so ohne weiteres als erledigt erklären. Ich fasse meinen Antrag daher noch einmal dahin zusammen, daß die Petition, soweit sie sich auf die Gehaltsaufbesserung bezieht, der Budgetkommission zur nochmaligen Beratung, und soweit sie sich auf die übrigen Dinge bezieht, der Regierung als Material überwiesen wird, und wiederhole nochmals meine Bitte an den Herrn Staatssekretär, uns Auskunft darüber zu erteilen, wie es mit der Einstellung der geforderten Summe in den nächstjährigen Etat steht.

Staatssekretär v. Bobbelski: Ich habe bereits in der Budgetkommission erklärt, die Regierungen seien bereit, im Jahre 1899 die Erhöhung der Gehälter der Postunterbeamten vorzunehmen. Diese meine Erklärung ist durch einen nachträglichen Beschluß des Bundesraths begünstigt worden. Ich möchte davor warnen, diese Sache mit dem Nachtragsetat zu verknüpfen. Im Jahre 1899 wird auch die preussische Eisenbahnverwaltung die Gehälter der Unterbeamten erhöhen. Es wäre mißlich, wenn die Postverwaltung allein mit der Gehaltssteigerung vorgehen wollte. Was die anderen Dinge betrifft, Sommerkleidung, Urlaub etc., so habe ich meine Bereitwilligkeit zu Reformen erklärt. Im Laufe des Sommers werden Versuche mit einer leichten Sommerkleidung für die Postbeamten gemacht werden.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.): Es ist bedauerlich, daß die Regierung die Frage der Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten dilatorisch behandelt. Weder schließt sich den Ausführungen des Abg. Singer an.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und Polen abgelehnt, und der Antrag der Budgetkommission, die Petitionen für erledigt zu erklären, angenommen.

Sodann wird die zweite Beratung des von den Abg. v. Salisch (L.) und Gen. beantragten Gesetzentwurfs betreffend Änderung und Ergänzung der Vorschriften der Zivil- und Strafprozess-Ordnungen über die Eidesleistung fortgesetzt bei der vom Abg. Mintelen (Z.) beantragten Zusatzbestimmung zu § 443 der Zivilprozess-Ordnung, nach der es den Schwörenden freisteht, eine ihrem Glaubensbekenntnis entsprechende Bekräftigungsformel dem Eide hinzuzufügen.

Hierzu hat der Abg. v. Salisch einen Abänderungsantrag eingebracht, wonach die Evangelischen hinzugefügt dürfen: „durch Jesum Christum zur Seligkeit“ und die Katholiken: „und sein heiliges Evangelium“. Anderweitige Zusätze sollen unzulässig sein.

Abg. Dr. Mintelen (Z.) führt einige Fälle an, in denen Nichter die Hinzufügung der konfessionellen Formel verweigert haben sollen. Würde sein Antrag abgelehnt, so würden sich diese Fälle zweifellos noch vermehren.

Abg. von Salisch (L.) empfiehlt seinen Antrag.

Staatssekretär Nieberding: Der Antrag von Salisch paßt noch weniger ins Gesetz als der Antrag Mintelen.

Abg. Träger (fr. Vp.) hält den Antrag Salisch für außerordentlich gefährlich, ja geradezu für verfassungswidrig. Man schaffe damit nur zwei Arten von Eide, und es liege die Gefahr vor, daß die eine für minderwertiger gehalten werde, als die andere.

Abg. Dr. v. Cuny (nat.) bittet aus den gleichen Gründen um Ablehnung beider Anträge.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abgeordneten v. Salisch, Graf Bernstorff-Paulenburg (Rp.) und Schall (L.).

Abg. Stadthagen (Soz.) tritt für die Ablehnung beider Anträge ein. In den Anträgen liegt eine Gewissensverletzung vor. Es ist eine Gewissensnoth und heuchlerisch, daß Leute, die nicht an einen persönlichen Gott glauben, gezwungen sind, bei ihm zu schwören. Die Eidesformel muß lauten: Ich schwöre. Den Gläubigen soll dann gestattet sein, ihrer Religion entsprechende bekräftigende Zusätze zu machen. Nur dann wäre die Gewissensfreiheit garantiert.

Nieberding stellt den Antrag, den § 443 wie folgt zu fassen: „Der Eid beginnt mit den Worten: „Ich schwöre“. Dem Schwörenden ist gestattet, dem Eingang und dem Schluß des Eides eine Bekräftigungsformel hinzuzufügen.“

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Stadthagen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der süddeutschen Volkspartei abgelehnt, der Antrag Salisch wird abgelehnt, der Antrag Mintelen gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Der Rest der für die Zivilprozess-Ordnung vorgesehenen Abänderungen gelangt debattelos zur Annahme.

In der Strafprozess-Ordnung soll zunächst § 52 (Recht zur Zeugnisverweigerung für Geistliche, Verteidiger, Rechtsanwälte und Aerzte) dahin abgeändert werden:

„Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt: 1. Verteidiger des Beschuldigten in Ansehung dessen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist; 2. Rechtsanwälte und Aerzte in Ansehung dessen, was ihnen bei Ausübung ihres Berufs anvertraut ist. — Die bezeichneten Personen dürfen das Zeugnis nicht verweigern, wenn sie von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden sind.“

In Verbindung damit wird sofort § 58 zur Beratung gestellt; dieser soll folgenden Zusatz zu seinen Vorschriften, was der Zeuge anzufügen hat, erhalten: „Die Vernehmung eines Geistlichen erstreckt sich nicht auf dasjenige, was ihm bei Ausübung der Seelsorge anvertraut ist. Das Gericht soll dem Geistlichen vor seiner Vernehmung von vorliegender Bestimmung Kenntniß geben.“

Staatssekretär Nieberding: Ich bin zwar nicht in der Lage, eine Erklärung namens der Regierungen abzugeben, aber ich glaube, versichern zu dürfen, daß die Kommissionsbeschlüsse bei ihnen schwere Bedenken hervorrufen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Salisch, Schmidt-Warburg, J. Kraut, Schall, Stumm wird ein Verlagsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend die Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden; zweite Lesung des Entwurfs, betr. die elektrischen Maschinen; Petitionen; Antrag Baasche, betr. Vesteuerung des Sacharins; Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Torgelower Streikaffäre vor dem Stettiner Schwurgericht.

Ueber den weiteren Verlauf des ersten Verhandlungstages liegen folgende Mittheilungen vor:

Es folgt die Vernehmung derjenigen Angeklagten, die nur des einfachen Landfriedensbruchs angeklagt sind.

Die Angeklagten Albert Vos, Alpen, Haack, geben zu, im Walde gewesen zu sein. Wo ist etwas geisteskrank. Der Sachverständige, Sanitätsrath Dr. Hanow, soll über ihn gehört werden. Alpen hat einen Revolver bei sich gehabt. Haack sagt, die Stimmung sei sehr erregt gewesen, er habe das Gefühl gehabt, es werde zu Schlägereien kommen. Eine Verabredung sei aber nicht erfolgt. Er habe, als er schlagen sah, zum Guten geredet und gesagt, man sollte doch ablassen von den Leuten.

Der Angeklagte Scherrenbeck bekennt, Meyer habe früh schon gesagt, es solle nicht zu toll gehauen werden. — Vorf.: Hat Meyer nicht etwa gesagt, Sie sollten sich keine Gewaltthatigkeiten zu Schulden kommen lassen oder Ihre strafbare Handlung begreifen? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Meer mann stellt fest, daß Scherrenbeck der einzige Angeklagte ist, der eine solche Aeußerung von Meyer gehört haben will.

Angekl. Neukow giebt an, daß Meyer's Aeußerung gefaselt habe, jeder wisse, was er zu thun habe. — Vorf.: Was dachten Sie sich denn dabei, daß eine so große Menge hinausjog und alle mit Knütteln, Steinen und Revolvern? — Angekl.: Ich glaube, es würde gut gehen. — Vorf.: Sie haben früher einmal gesagt, daß Sie gepöbelt haben, damit Sie nicht auch eins auf den Kopf kriegen. — Angekl. Neukow: Jawohl. — Vorf.: Sie hatten also den Pfiff als Zeichen, daß Sie auch Anführer waren? — Angekl.: Ja.

Angekl. Paul Blankstein bezeugt den Angekl. Heiden, daß er auf einen Mann gekniet habe. Einer sagte dann noch, der Heiden macht es zu grob und Heiden erwiderte: Ich habe ihn nur mit meinen Pantoffeln ein paar gegeben. — Vorf.: Sie haben auch den Trupp von fünf Mann fliehen sehen? — Angekl.: Ja, vier Mann fliehen, einen lag auf der Landstraße.

Angekl. Emil Foth giebt an, daß einer der Geschlagenen gerufen habe, man solle ihn doch nicht schlagen, er wolle morgen nicht mehr auf Arbeit gehen. Wer es gewesen, wisse er nicht. Wer ihn geschlagen habe, wisse er auch nicht.

Angekl. Fahl erzählt, der Angeklagte Rudolf Foth habe ihm mitgetheilt, daß er von Meyer „eins in die Presse“ bekommen habe. Foth habe sich aber ordentlich revanchiert. Foth habe ihm auch seine geschwollene Lippe gezeigt. — Angekl. Foth: Was Fahl sagt, ist alles Lüge. — Angekl. Fahl: Nein, es ist die Wahrheit. Fahl will auch einen Schuß gehört haben. Jemandwelche Betheiligung stellt er in Abrede.

Angekl. Kantowsky war zwar nicht abgetheilt, aber doch mit im Walde. Er hat Signale gehört und Steinwürfe gesehen. Angeklagter Berger sei in vollem Lauf hinter ihm hergekommen und habe Halt gerufen. Er habe ihn aufgeklärt und da sei Berger weiter gegangen. Berger bestreitet das.

Angekl. Schlauert war auch mit im Gehölz. Meyer habe morgens gesagt: Jeder wisse, was er zu thun habe. — Vorf.: Sie haben dem Untersuchungsrichter gesagt, Sie hätten das so aufgefaßt, es sollte nicht viel geredet, sondern gleich gehauen werden. — Angekl.: Nun ja, ich glaube, wir sollten ihnen zureden, und wenn sie sich widersetzten, sollten wir uns wehren. — Vorf.: Ja, mit Knütteln haben Sie den Arbeitenden zugerufen.

Angeklagter Gustav ist von Meyer als Posten abgetheilt worden. Die Anweisung zum Postenstehen sei von dem Schloffer Lehmann ausgegangen, der in der Vernehmung gesagt habe, die Summe sei zu groß, es müßten wieder Posten gestellt werden. Draußen habe er Meyer gesehen. Meyer habe mit einem zwei Finger dicken Stock auf einen Arbeiter geschlagen. Der Angeklagte Schloffer Ernst Schmidt will schon gleich bei Beginn des Waldes wieder umgekehrt sein, aus Angst, weil er sah, daß die andern Stöcke abschneiden. Er bestreitet, zu der Menge gehört zu haben, die Gewaltthatigkeiten verübt hat. Die übrigen Angeklagten bestreiten zwar nicht, im Walde gewesen zu sein, wollen aber nichts Näheres über die Schlägerei wissen.

Die Vernehmung der Angeklagten ist beendet. Der Vorsitzende tritt in die Beweisnahme ein.

Erster Zeuge ist Fabrikbesitzer Bolligold, dessen Fabrik vom Ausstände nicht betroffen worden ist. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er mittheilen könne, wie der Streik denn eigentlich entstanden sei, bekundet der Zeuge: Ich weiß darüber aus eigener Wissenschaft wenig. Denn ich kümmere mich wenig, was außerhalb meiner Fabrik vorgeht, habe auch mit den übrigen Fabrikbesitzern, die fast

alle frühere Arbeiter von mir waren, wenig Gemeinschaft. Aber eines Tages kam der Fabrikbesitzer Hermann Freundel zu mir und erzählte mir, die Arbeiter wollten in Torgelow eine Zählstelle des Fachvereins der Metallarbeiter gründen, was seine Kollegen mit allen Mitteln zu verhindern gewillt seien. Von einer solchen Fachvereinsgründung sei ein Steigen der Löhne und damit eine Lohnbewegung der ganzen Torgelower Hüttenindustrie zu befürchten. Freundel sagte mir, die übrigen Besitzer wollten alle Arbeiter entlassen, die dem Fachverein beitreten würden. Ich lehnte das aber ab. — Vorf.: Wissen Sie etwas von den Verhandlungen des Schiedsgerichts in Uckermark? — Zeuge: Ich habe davon gehört, auf das Ergebnis erinnere ich mich aber nicht. — Vorf.: Die Arbeiter wollten, glaube ich, die ihnen vorgelegten Revers nicht unterschreiben und so ist der ganze Ausstand entstanden. — Zeuge: Ja. Zuerst streikten, so viel ich weiß, nur die Arbeiter der Fabrik von Menzel. Menzel hatte aber eilige Arbeiten und die übrigen Besitzer wollten diese Arbeiten durch ihre Arbeiter herstellen lassen. Die Arbeiter weigerten sich aber. Der Ausstand wurde größer und als die Revers unterschrieben werden sollten, wurde der Ausstand allgemein. Ein oder zwei Tage wurde wohl außer meiner Fabrik nirgend gearbeitet. Nach zwei Tagen gingen die Gewerbetreibenden wieder an, die Fachvereinsstreiker aber weiter. Die Besitzer haben sich bemüht, auswärtige Arbeitskräfte heranzuziehen. — Vorf.: Wie viel Arbeiter sind in Torgelow beschäftigt? — Zeuge: Etwa 800. — Vert h.: Haben Sie sich dahin ausgesprochen, daß Sie das Vorgehen der übrigen Besitzer für einen Eingriff in das Koalitionsrecht hielten und haben Sie dann Streikende bei sich eingestellt? — Zeuge: Ich sagte zu Herrn Freundel: Ich kümmere mich nicht darum, in welche Vereine meine Arbeiter eintreten. Ich verlange von ihnen nur, daß sie Arbeit verrichten und sich in der Fabrik anständig benehmen. Zu etwas Weiterem halte ich mich nicht für berechtigt. Auch auf die Unterschrift von Reversen lege ich kein Gewicht. Der Arbeiter, der unterschreibt, er sei aus dem Fachverein ausgetreten, könne ja am nächsten Tage wieder eintreten. Streikende habe ich nicht beschäftigt, im Gegentheil, ich habe den übrigen Besitzern erklärt, ich beschäfigte keine Kontraktbrüchigen. Später mag ich einzelne Streiker eingestellt haben. — Vert h.: Ist es richtig, daß die übrigen Fabrikbesitzer fast alle noch vor kurzer Zeit selbst Arbeiter waren? — Vorf.: Das hat der Zeuge vorhin schon bekundet.

Die Vernehmung des Zeugen ist damit beendet und der Vorsitzende verlegt hierauf die weitere Verhandlung auf Donnerstag früh 9 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Verhandlung wird um 9 1/2 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet. Die Beweisnahme wird fortgesetzt.

Zeuge Formel Massalsch aus Berlin wird zuerst aufgerufen.

Vorf.: Wollen Sie sich über die Ursachen des Streiks aussprechen? Sie haben den Streik wohl geleitet. — Zeuge: Jawohl. Ende August, Anfang September wurden in Torgelow Mitglieder für den Deutschen Metallarbeiter-Verband geworben; das war der Firma Menzel unangenehm und die Arbeiter, die der Organisation beitraten, wurden entlassen. Die Arbeiter legten deshalb in der Menzel'schen Fabrik die Arbeit nieder. Vor dem Gewerbegericht in Uckermark wurde ein Vergleich dahin geschlossen, daß in der Fabrik jede Agitation unterbleiben sollte, aber die Fabrikleitung sich um die Organisationsbestrebungen außerhalb der Fabrik nicht kümmern sollte. Dieser Vergleich ist von den Fabrikbesitzern dann nicht gehalten worden. Es wurde vielmehr von ihnen verlangt, daß die Arbeiter einen Revers unterschreiben sollten, daß sie aus dem Fachverein austreten resp. ihm nicht beitreten sollten. Der Streik ging weiter und nahm weitere Dimensionen an, als die Arbeiter der übrigen Fabriken Menzel'sche Arbeit übernehmen und fertigstellen sollten. Es wurden in der ersten Zeit Streikposten aufgestellt, um den Zugang fernzuhalten, da aber der Zugang sehr unbedeutend war, wurde das Postenstellen wieder eingestellt, bis wieder am 10. Januar Posten aufgestellt wurden. Inzwischen wurde noch ein Einigungsversuch beim Schiedsgericht gemacht, der aber mißlang. Die Arbeiter hatten an der Zusammenkunft des Schiedsgerichts das ausgesehen, daß als Zeiger ein Arbeitswilliger fungierte, der in der Fabrik von Jäde arbeitete, also befangen war, weil er einen Schiedspruch über seinen eigenen Arbeitgeber abgeben mußte. Auch sonst sind Einigungsversuche gemacht worden. Ich wandte mich mit der Bitte, ihren Einfluß geltend zu machen, an den Torgelower Rat Dr. Ludwig und den Uckerländer Landrath v. Hagedorn. Beide Herren versprachen Vermittelungen, aber es kam keine Einigung zu Stande. In der Presse wurde es dagegen nur so dargestellt, als ob die Arbeiter nicht zur Einigung neigten, was die Arbeiter erbitterte. Die Herren Fabrikanten sagten, sie fürchten von dem sozialdemokratischen Fachverein, daß höhere Löhne verlangt werden würden und dann die Torgelower Fabriken nicht mehr mit den Berliner Fabriken konkurrieren können würden. Ich machte aber darauf aufmerksam, daß eine Lohnerhöhung nicht verlangt wurde. — Staatsanwalt: Hatte Meyer eine leitende Stellung bei dem Streik inne? — Zeuge: Nein. Er hatte wohl ab und zu einmal ein paar Worte in den Versammlungen gesprochen, aber nicht einmal mit der Abstempelung der Streikarten hatte er zu thun. Vertrauensmann des Verbandes war der Former Friede. Ich will noch hinzufügen, daß ich, wenn Streikposten aufgestellt wurden, immer dahin gewirkt habe, daß ältere verheiratete Leute mit ruhigem Blute ausgewählt wurden.

Von dem Zeugen Formel Mehn wird diese Aussage bestätigt, gleichfalls wesentlich vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Uckermark, dem Kreissekretär Stiller. Der Zeuge, Amtsvorsteher Schuke aus Torgelow, stellt die Äußerung dar, wie sie sich eben im Kopfe eines preussischen Amtsvorstehers widerspiegelt. Es seien in den Versammlungen Brandreden gehalten worden. Auch von Zuchtans und Schaffot hätte man gesprochen. — Vert h.: Was nennen Sie Brandreden? — Zeuge: Hekreden gegen die Fabrikanten. Auch Massalsch hat gesagt: Wenn Ihr angegriffen werdet, dann haut tüchtig zu. — Zeuge Massalsch bestreitet eine solche Aeußerung, auch Zeuge Mehn bestreitet, daß Massalsch so etwas gesagt habe. — Zeuge Amtsvorsteher Schuke hält seine Behauptung aufrecht. — Verteidiger: Warum haben Sie die Versammlung bei der Aeußerung Meyer's vom Schaffot und Zuchtans nicht aufgelöst? — Zeuge: Da muß schon etwas sehr Gravirendes passieren. — Verteidiger: Nun, das ist doch gar nicht genug.

Zeuge Gendarmerie Schwabe bekundet, daß Massalsch in den Versammlungen zur Ruhe ermahnt habe. Meyer habe zur Erbitterung beigetragen. — Vert h.: Ist Ihnen bekannt, daß die Arbeitswilligen in den Fabriken mit Revolvern Schießübungen veranstaltet haben? — Zeuge: In den Versammlungen ist davon gesprochen worden, ob es wahr ist, weiß ich nicht. — Vert h.: Hat ein Angeklagter schon vor dem 10. Januar Ausschreitungen begangen? — Zeuge: Davon weiß ich nichts. — Vert h.: Sind in den Versammlungen versteckte Drohungen gefallen? — Zeuge: Nein.

Zeuge Fabrikbesitzer Freundel bekundet, daß sich einzelne „Arbeitswillige“ Revolver angeschafft haben, weil sie Gewaltthatigkeiten von den Streikenden befürchteten. — Vorf.: Haben sich Ihre Arbeiter Schlägringe gegossen? — Zeuge: Davon weiß ich nichts. — Staatsanwalt: Weßhalb wurde bei Ihnen gestreikt? — Zeuge: Wir hatten Anbiddungen ausgesprochen gegen Fachvereinsmitglieder, und die Arbeiter verlangten Wiedereinstellung. — Verteidiger: Warum entließen Sie die Fachvereinsmitglieder? — Zeuge: Wir hatten wenig zu thun.

Nachdem eine Anzahl der Streifbrecher den Vorgang im Walde im Sinne der Anklageschrift dargesteht haben, tritt die Mittagspause ein.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 28. April,
nachmittags 5 Uhr.

Ein in der letzten Sitzung der Stadtverordneten am 6. April von dem Stadtv. Friedemann und der neuen Fraktion der Linken eingebrachter Antrag besagt:

Stadtv. Wiener zieht den Antrag auf motivirte Tagesordnung zurück.

Schluß 7¼ Uhr.

zeitungsgröße, zu melden wäpfe, betrumme die „Deutsche Tageszeitung“, das bekannte Organ für agrarische Volksausplünderung, der Regierung höfse zugunsten, damit sie recht bald den Groß-Baarenhöfen mit einer besonders hohen Steuer rücksichtslos zu Leibe gehe. Von der Inkonssequenz, der sich das Rudolph Verhogg'sche Reflektablatt mit solcher tölpelhaften Forderung schuldig macht, wollen wir nicht weiter reden; über diesen Punkt mag sich der Produktist der genannten Firma mit dem Verleger der „Deutschen Tageszeitung“ aneinandersehen. Wohl aber erinnert die Tolpatschigkeit des Blattes lebhaft an den bekannten Mann, der mit dem Ausruf: „Haltet den Dieb!“ heulend die Straße hinabrannte. Zum Glück kennt allgemach ein jeder diese Praktiken, und schwerlich wird sich unter den Handwerkern und Kleinsteuern jemand finden, der auf das agrarische Diebesverbot hineinsiele. Gewiß würden die großen Baarenhöuse auf den sog. „Mittelstand“ verdrängen, aber sie sind eine natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung und daher gleich den Maschinen durch kein Mittel der Welt vom Erdboden fortzuschaffen. Anders steht es mit einem großen Theil des rückwärtigen Krantjunkerthums, der nur durch eine der Bevölkerung ausaugende Liebesgaben, „Politik künstlich vor seinem wohlverdienten Schicksal bewahrt bleibt.

Gesundbrunnen, an der Ueberbrückung des Bahnhofs, blieb er plötzlich auf offener Strecke liegen. Die Maschine erlitt einen Bruch der linksseitigen Schwungradstange; Lokomotivführer Glade bemerkte den Schaden sofort, setzte die Bremse in Thätigkeit und brachte den Zug zum Stehen, bevor größeres Unheil angerichtet werden konnte. Die Maschine machte nur noch einige Schritte und wurde so durch das abgebrochene und aus seiner richtigen Lage geralhene Gefüge noch schwerer beschädigt. Die Fahrgäste, die in eine begreifliche Aufregung gerathen waren, mußten auf freier Strecke ansteigen und schickten sich an, zu Fuß nach dem Stettiner Bahnhofe zu wandern. Bald holte der Kremmener Zug, der um 7 Uhr 25 Min. von Pankow abfährt, sie ein. Auf das Hinten des Führers vom verunglückten Zuge hielt er an und nahm dessen Fahrgäste auf. Von dem Geschehe und Gedränge, das es nun gab, kann man sich kaum eine Vorstellung machen. Jeder wollte der erste sein, um sicher mitzukommen, denn der Kremmener Zug hatte nur fünf Wagen. Trotzdem nahm er alle Fahrgäste auf und brachte sie mit einer Verspätung von einer Viertelstunde nach dem Stettiner Bahnhofe. Der Zug, dem der Unfall zuzief, mußte vorläufig liegen bleiben und sperrte zunächst

Aus Adlershof wird uns von einem Parteigenossen berichtet: Als ich vor einigen Tagen am Friedhof der hiesigen Gemeinde vorbeiging, bemerkte ich, wie Schulkinder ein frisch grabenes Grab zuschüttelten. Ich fragte den Todtengräber, ob er keine Arbeiter zu derartigen Verrichtungen gebrauche; die Antwort war ein fortrekkes „Nein“. Weitermeinte der Friedhofsbesamte, daß, was die Kinder trieben, sei eigentlich nur ein „Spiel“. Mein Hinweis, daß eine ernste Stätte wie der Friedhof sich doch nicht gut zu so eigenthümlichem Kinderspiel eigne, fand schließlich die Entgegnung, daß ich wegen — rufschädigenden Äarms belangt würde, wenn ich nicht vom Kirchhof ginge! In anderen Orten mag sich über die angebliche Harmlosigkeit des geschilderten Vorganges diskutieren lassen; in Adlershof aber, wo der Kampf gegen die Motten bereits zu dem merkwürdigen Mittel der vom 18. März her bekannten Illuminationsbestrafung geführt hat, an diesem Orte sollte man sich doch hüten, der Bevölkerung zu eigenthümlichen Gedanken über Pietät Anlaß zu geben.

Zum Leidenwesen. Der Oberbürgermeister und Grundbesitzer...
An den die Regierungspräsident bekanntlich für die Vororte eine...
Bauordnung erlassen, durch die dem Bau von Miethshäusern...
geboten werden soll. Hiergegen war in Friedenau ein Petition...
kurum ins Werk gesetzt worden. Auf die Petition hat der Regie...
rungspräsident folgende, aus Potsdam am 14. April datierte Antwort...
gegeben: „Im Auftrage der Herren Minister des Innern und der...
öffentlichen Arbeiten theile ich Ihnen mit, daß der hiesige...
Besitzauschuss am 13. Juli vor. J. beschloß, hat, für die...
beabsichtigte anderweite Abgrenzung des Landhausgebietes...
in Friedenau die Zustimmung zu versagen, da er nach...
örtlicher Prüfung ein Bedürfnis hierzu nicht anerkennen...
vermöge. Soweit einzelnen Eigenthümern der in betracht kommenden...
Grundstücke erhebliche Beeinträchtigungen erwachsen, könne durch...
Ertheilung von Dispensen geholfen werden. Die Befreiung des...
Dispensweges stelle ich mit dem Bemerken anheim, daß der Herr...
Minister der öffentlichen Arbeiten auf etwaige gemäß § 145 des...
Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 eingelegte Beschwerden...
gegen Beschlüsse des Besitzauschusses für die vier von dem...
Friedrich Wilhelm-Platz, der Lannus-, Stubenrauch- und Kaiser...
straße begrenzten Baufläche Dispensation nach der Uebung zu...
ertheilen bereit ist, daß die in den Blöcken belegenen Grundstücke...
denen der Klasse II oder I der Baupolizeiordnung vom 5. De...
zember 1892 gleichgestellt werden. In Vertretung: Heidefeld.“

Die Schulaufsicht in Charlottenburg. In der Charlotten...
burger Stadtverordneten-Versammlung gab Bürgermeister Matting...
auf eine entsprechende Anfrage des Stadtverordneten Wölmer die...
Erklärung ab, nachdem die Regierung es abgelehnt habe, in...
der staatlichen Schulaufsicht eine Aenderung einzutreten zu lassen...
Real-Gymnasialdirektor Dr. Dubatsch zu seinem Bedauern die auf...
auf gefallene Wahl zum Stadtschulrath ablehnen müsse. Die Stadt...
verordneten Wölmer, Bula und Dr. Jastrow traten hiernach...
energisch für eine erneute Wahl eines Stadtschulraths ein, indem...
sie sich gleichzeitig gegen die Ansicht des Magistrats wandten...
zur technischen Bearbeitung der städtischen Schulanlagen...
beiden einen Koffer anzuheften. Man müsse die Verschärfung...
des Kofferordnuns im Magistrat möglichst zu verhindern...
suchen, zumal im vorliegenden Falle nicht ersichtlich sei, daß ein Jurist...
die Stelle angemessen ausfüllen werde. Denn ebenso wenig wie zum...
Syndikus ein Oberlehrer geeignet erscheine, ebenso wenig sei zum...
Schulrath ein Jurist geeignet. Der Magistrat erklärte durch Bürger...
meister Matting, daß ein bestimmter Beschluß über die Befreiung der...
Stelle noch nicht herbeigeführt worden sei. In jedem Falle würde...
der Versammlung noch eine spezielle Vorlage zugehen. Die Ver...
sammlung vertrat hierauf die Angelegenheit.

Minuel's Freude. An welchem Maße die Bevölke...
rung wie die Steuerkraft derselben im Kreise Teltow...
fortwährend anwächst, das zeigen in schlagender Weise die Daten...
über die jährlichen Steuerertragsanlagen. Während sich die Zahl...
der Einwohner des Kreises von 221 860 im Steuerjahre 91/92 auf...
371 060 im Beginn des Steuerjahres 98/99, also um rund 150 000...
erhöht hat, ist die Zahl der Steuerpflichtigen in diesem Zeitraum...
um das Dreifache, das Soll der Einkommensteuer um...
das Vierfache gestiegen. Am weitesten meißten an dieser...
ungewöhnlichen Entwicklung theilhaftig sind natürlich die großen Vor...
orte: Schöneberg, Nixdorf und Wilmersdorf. In Schöneberg ist...
die Einwohnerzahl seit der letzten Volkszählung von 62 677 auf...
75 402 angewachsen, und das Soll der Einkommensteuer ist für das...
neue Etatsjahr auf nicht weniger als 731 304 M. festgesetzt, wog...
nach an Ergänzungsteuer eine Summe von 141 172 M. hinzu...
kommt. In Nixdorf stieg seit der letzten Volkszählung die...
Seelenzahl von 60 098 auf 72 298 mit einem Steuerfoll von...
205 231 M. nebst 23 473 M. Ergänzungsteuer. In Wilmersdorf...
vermehrte sich die Seelenzahl in demselben Zeitraum von 14 850 auf...
20 809, während das Einkommensteuerfoll für 1898/99 280 240 M...
beträgt, d. h. 85 000 M. mehr als in dem großen Nixdorf, wog...
nach 58 882 M. Ergänzungsteuer hinzuzurechnen sind. Der ver...
hältnismäßig reichste Ort im ganzen Kreise ist natürlich die...
Villenkolonie Grunewald. Denn während dieselbe gegen...
wärtig nur 1972 Einwohner besitzt, mit im ganzen 432 Steuer...
pflichtigen, beträgt doch das Soll an Einkommensteuer 151 723 M...
nebst 30 880 M. Ergänzungsteuer.

Die vollständige Aufhebung der Wochenmärkte wird in...
der neuen Stadt Schöneberg von den dortigen Geschäftsleuten und...
Gewerbetreibenden sowie auch einem Theile der Hausbesitzer an...
gestrebt. Hervorgegangen ist diese Bewegung gegen Märkte aus der...
gegen das Ueberhandnehmen des Hausverkaufs in Schöneberg ent...
falteten Agitation.

Versammlungen.

Die öffentliche Versammlung der Puker, die am Dienstag...
bei Koller, Koppentstraße, tagte, beschäftigte sich zunächst mit der...
Lohnbewegung der Pukerträger. Nach einer längeren Diskussion...
in der von einigen Rednern bemängelt wurde, daß die Pukerträger...
trotz einem dahin gehenden Wunsch, die Kommission der Puker...
bei der Aufstellung des Lohns nicht hinzugezogen haben, wurde...
beschlossen, den Pukerträgern zu ihrer Lohnbewegung die Sympathie...
zu erklären, im übrigen aber über den aufgestellten Lohnsatz zur...
Tageordnung überzugehen. Motiviert wurde dieser Beschluß auch...
damit, daß die Puker nicht die Arbeitgeber der Träger seien...
sondern diese sich an die Unternehmer mit ihren Forderungen zu wenden...
hätten. Außerdem führten einige Redner an, daß die geforderten...
Löhne, mit wenigen Ausnahmen, bereits allgemein bezahlt werden und...
wie eine Umfrage ergeben hat, eine Opposition gegen die Forderungen...
bei den Pukern im allgemeinen nicht vorhanden ist. Es wurde...
ferner darauf hingewiesen, daß allerdings die Puker bei dem herr...
schenden Mißverhältnis durch die Lohnbewegung in Mitleidenschaft...
gezogen werden, da die Träger von ihnen bezahlt werden müssen...
Nachdem hierauf die zahlreich anwesenden Pukerträger nach dieser...
Beschlusfassung den Saal verlassen hatten, berichtete Dietrich über...
die von der Lohnkommission vorgenommene Baukontrolle. Danach...
sind in Berlin und in den nächsten Vororten gegenwärtig 128 Bauten...
vorhanden, auf welchen 1304 Puker beschäftigt sind. Auf 95 Bauten...
sind 629 Innenpuker, auf 123 Bauten 675 Fassadenpuker be...
schäftigt. Die Preise bei den Fassadenarbeiten sind außerordentlich...
verschieden und je nach den Umständen festgesetzt. Der höchste Preis...
beträgt in einem Falle 5,40 M. pro Meter, während als niedrigster...
Preis in einem Falle nur 0,60 M. bezahlt wird. Bei Giebel-...
Fassaden wird nur in einem Falle der Preis von 3,00 M. erreicht...
während sonst nur 1,50, 1,80 bis 2,00 M. gezahlt wird. Bei Hinter...
Fassaden wurde als höchster Preis 2,35 M. festgesetzt, während der...
niedrigste 0,45 und die am meisten gezahlten Preise 0,65 bis zu...
einer Mark betragen. Für Innenpuker wird auf 53 Bauten 20 Pf...
pro Meter, auf 2 Bauten 10 Pf., auf 37 Bauten 19 Pf., auf...
3 Bauten 18-18 1/2 Pf. bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt auf...
127 Bauten 9 Stunden und auf einem Bau im Grunewald, wo...
Potsdamer Puker bei einem Stundenlohn von 50 Pf. beschäftigt...
sind, 10 Stunden. 10 Bauten werden von Zwischen-Unternehmern...
den sogenannten Pukerweibern, die Mänteln liefern und Katenzahlungen...
abmachen, ausgeführt. Bauten, die für die nächste Zeit für die Puker...
Arbeit bieten, wurden 102 gezählt. Bei dieser Baukontrolle wurde gleich...
zeitig eine Umfrage über die Löhne der Pukerträger gehalten und...
dabei festgestellt, daß fast überall 36 M. und auf einzelnen Bauten...
39 von den Innenpukern bezahlt werden. Bei den Fassadenpukern...
beträgt der Lohn für die Träger 35-36 M. und nur in einem Fall...
30 M. Die Einnahmen der Lohnkommission betrugen in den ver...
flossenen 4 Wochen im Gesamtbetrag 1392 M. Karten sind von der...
Kommission 1030 an 668 organisierte und 362 unorganisierte Puker...
ausgegeben, waren sich aber nur durchschnittlich pro Woche ca. 700...
an den Zahlungen regelmäßig theilnehmend. Unter denen, die Karten...
erhalten haben, aber keine Zahlungen leisten, sind die Innen...
und Fassadenpuker in fast gleicher Zahl ver...
treten. Wie noch ausgeführt wurde, seien zur Zeit in Berlin...
mehr als 1400 Puker vorhanden. In der Diskussion...
wurde von mehreren Rednern über die fortwährenden Preis...
erhöhungen gellagt, das anstandslos Verhalten der indifferenten...
Puker kritisiert und gewünscht, daß unter allen Umständen der fest...
gesetzte Lohn von 7 M. pro Tag aufrecht erhalten wird. Nach...
einem von der Lohnkommission aufgestellten Regulatorium wird für die...
nächste Zeit bei der Lohnbewegung der Puker folgendermaßen ver...
fahren werden: Auf allen Bauten soll versucht werden, auf fried...
lichem Wege eine Verbesserung des Preises zu erzielen. Scheitert...
der friedliche Versuch, so soll unverzüglich eingeschritten werden...
Wo festgestellt wird, daß die gezahlten Preise dem Tarif nicht ent...
sprechen, soll der Aufrechterhaltung der Kontrolle zu einem Vor...
gehen zwecks Erhöhung des Preises Folge geleistet werden. Auf...
allen Bauten, wo eine Lohnerhöhung von den Pukerträgern ge...
fordert wird, soll auch von den Pukern eine Erhöhung des Preises...
im Vertrag von den Unternehmern verlangt werden. Alle...
derartige Fälle sind der Lohnkommission sofort zu melden. Die von...
einer Versammlung betroffenen Puker werden nach dem vorjährigen...
Beschluss mit 4 M. täglich unterstellt, haben jedoch die Pflicht, den...
Zugang durch eine wirksame Kontrolle fernzuhalten. Die in Arbeit...
stehenden Kollegen haben nach dem Beschluss der letzten Versammlung...
einen Wochenbeitrag von 50 Pf. zu zahlen und sind verpflichtet, auf...
den Bauten die Karten selbst zu kontrollieren. — Nach einer kurzen...
Diskussion wurde sodann beschlossen, von der Abhaltung einer Ver...
sammlung am 1. Mai Abstand zu nehmen, und den Versammelten...
empfohlen, recht ege für die Theilnahme an den Parteifestlichkeiten...
zu wirken. Die Berichterstattung über die Konferenz der Maurer

der Provinz Brandenburg wurde bis zur nächsten Versammlung...
verlag.

Die bei den Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Ar...
beiter hielten am Montag im Englischen Garten, Alexanderstraße...
eine öffentliche Versammlung ab. Man schreitet zuerst zur Wahl...
der Revisoren, zu denen Pichl, Kaschubowski und Zimpe...
gewählt wurden. Betreffs der Revisoren wird mitgetheilt, daß sie...
diesmal im Anschluss an die allgemeine Holzarbeiter-Versammlung...
in den Räumen der Brauerei Friedrichshain stattfinden...
soll. Bei der Erörterung über den Beschluss der Dreizehner...
Kommission betreffs der Delegirtenwahl zur allgemeinen Orts...
Krankenkasse entspinnt sich eine sehr lebhaft Debatten...
Zur Entscheidung der fraglichen Sache wird eine Kommission von...
7 Personen gewählt, welche sich zusammensetzt aus: Lebeder...
Weise, Jäde, Wieland, Zechle, Steinborn und...
Hirselhorn. — Hierauf hielt Adolf Hoffmann seinen Vor...
trag über: „Der Kampf ums Dasein.“ Als Ersatzmann zur...
Gewerkegewerkschaft wird Pichl aufgestellt. Mit einer Auf...
forderung zur regen Agitation und Theilnahme zur Reichstags...
wahl schließt der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Die Graben- und Zisel- der Filiale Berlin hatten am...
Dienstag, den 19. April, ihre statutenmäßige Generalversammlung...
Zustand. Der Vorstand des Vereins hatte am 1. Quartal 1890 stattgefunden...
1 Generalversammlung, 4 Filialversammlungen und 2 außerordent...
liche Versammlungen. Dieselben zerfielen in 5 Vortragssabende und...
1 Vorlese-Abend. Außerdem fanden 5 Vorstandssitzungen...
und 3 Vertrauensmänner-Sitzungen statt. Die Kassen...
einnahme betrug 186,40 M., die Ausgabe 116,61 M., mithin bleibt...
ein Bestand von 69,79 M. Nachdem hielt Genosse Grempe einen...
interessanten Vortrag über: „Sitte und Sittlichkeit.“ Zum Ver...
schieden giebt der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, den...
1. Mai, vormittags, ein Ausflug nach Johannisthal und Köpenick...
stattfinden soll.

Im Verein der Holz- und Bretterträger war, nach den...
Berichten des Kassiers, im vergangenen Quartal eine Einnahme...
von 344,55 M. und eine Ausgabe von 198,95 M. zu verzeichnen...
Das Mitglied Zurich wurde aus dem Verein ausgeschlossen. Als...
Verkehrstotal für den Osten wird das Lokal Wilke bestimmt. Zum...
Punkt „Raisier“ wurde beschlossen, selbst keine Versammlung...
einzuberufen, sondern sich den großen Gewerkschafts-Versammlungen...
anzuschließen und nachmittags an den Parteifestlichkeiten theilzu...
nehmen jedem zur Pflicht gemacht.

Arbeiter-Bildungsschule. Insehr. 10, v. 2 Tr. Unterricht...
Lurie: Montag: National-Ökonomie (Grundbegriffe der...
Nationalökonomie) Dr. Conrad Schmidt; Mittwoch: Red...
lebung (Korrespondenz und Diskussion über gewerkschaftliche Fragen)...
Schriftsteller Richard Calmer; Freitag: Natur-Erkennin...
(Entwicklung der Idee über Entstehung und Zusammenfassung des...
Weltgebäudes) Dr. B. Borchardt. — Die Bibliothek ist jeden...
Montag, Mittwoch und Freitag (außer an Feiertagen) abends von...
8-9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Kursus (10 Abende)...
1 M. pro Fach. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in...
folgenden Stellen: Wirt. Schulz, Admiralsstr. 40a; Rent. Warmitz, 42;
Schiller, Rosenhellerstr. 57; Kleinert, Müllerstr. 7a, und in den Sonntags...
Versammlungen. Vorsitzender: Hugo Barischowski, N. Brunnenstr. 193.
Kassier: S. Königs, S. Dissenbachstr. 30.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag...
und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Wissen. Vertheilung von Flugblättern während der Gottesdienstzeit ist...
nicht statthaft, aber insbesondere auf dem Lande nicht statthaft.
J. G. Holzmarktstr. 37. Die Zeitung für Glas-, Porzellan- und...
Thonwaren-Arbeiter erscheint in Potsdam-Preußen, Wilmersdorfer Str. 50.
A. und W. Unseres Wissens giebt es eine solche Zeitschrift noch nicht.

Witterungsübersicht vom 28. April 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. in 5 m	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. in C. in 5 m
Strehlenburg	760	NO	4 wolkl.	6	10	Hannover	773	Süd	—	Regen	2
Hannover	760	O	3 wolkl.	8	10	Petersburg	760	NO	4 wolkl.	4	10
Berlin	759	NO	4 wolkl.	7	10	Warschau	754	NO	4 wolkl.	4	10
Wiesbaden	754	NO	2 wolkl.	13	10	Köln	756	NO	7 wolkl.	7	10
München	755	W	2 wolkl.	10	10	Paris	753	SW	2 wolkl.	12	10
Wien	754	SW	—	11	11						

Wetter-Prognose für Freitag, 29. April 1898.
Nachts kühl, am Tage ziemlich warm bei mäßigen nördlichen Winden...
und veränderlicher Bewölkung, keine oder unbedeutende Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Schöneberg.

Hauptstr. 112-114. Schlossbrauerei, Hauptstr. 112-114.

Sonntag, den 1. Mai

Arbeiter-Maisfest,

bestehend aus

Vokal- und Instrumental-Konzert,

angeführt von den Musik-Vereinsmusikern, Dirigent: Herr Grass.

Gesangsvorträge von den Gesangsvereinen: Rothe Nelke, Frühlingslust,

Gerechtigkeit und Freiheit. Dirigent: Herr Schöneberg.

Festrede, gehalten von Alfons Borchard-Berlin.

Im Saale: Tanz.

Entree 20 Pf. Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Bei Eintritt der Dunkelheit: Grosser Fackelzug.

Jedes Kind erhält eine Stadtlaterne gratis.

Um rege Theilnahme ersucht Das Komitee.

Im Restaurant „Zur Pferdebrücke“ bei Köpenick.

Treffpunkt: 9 Uhr. Schillerstr. Bahnhof. Abfahrt: 9 Uhr 32 Minuten.

Freunde und Genossen ladet ein

Die Agitationskommission.

Max Schulz, Baumstr. 11a, S. v.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Landluft! Reinickendorf. Seelust!

Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr,

in Büttcher's See-Park, Marktstrasse 1-2:

Mai-Feier

arrangiert von den

Parteigenossen von Reinickendorf.

Grosses Garten-Konzert und Tanz.

Gesangsvorträge unter Mitwirkung von ca. 40 Sängern.

Entree 20. Platz für 1000 Personen.

223/1 Der Vertrauensmann.

Achtung! Friedrichsfelde.

Sonntag, den 1. Mai, mittags 1 1/2 Uhr bei Bube,

Pringen-Allee 30:

Volksversammlung.

Vortrag: „Die Bedeutung des 1. Mai.“ Nachmittags 4 Uhr:

Große Maisfeier: Konzert, Gesangsvorträge.

Turnerische Aufführungen

und Tanz. 222/20

Herren, welche am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal, der

Tanz im kleinen Saal statt.

Der Vertrauensmann.

Achtung! Britz. Achtung!

Sonntag, den 1. Mai cr., nachmittags 2 Uhr:

Oeffentliche Volks-Versammlung

bei Bethge, Chausseestr. 39.

207/7

207/7

Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Sonntag, den 1. Mai 1898, mittags 12 1/2 Uhr,

im Lokal „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstrasse 39,

und Gambrius-Brauerei, Wilmersdorferstr. 94:

Große öffentliche Versammlungen

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Referenten: Genosse Schriftsteller Calmer und Genosse Otto Flammig.

203/9 Die Gewerkschafts-Kommission.

Achtung! Bananenschläger Berlins.

Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, bei Herrn

Buse, Grenadierstr. 33:

Oeffentliche Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Aufsicht über: „Bedeutung

des 1. Mai.“ Nach der Versammlung:

Gesellschaftliche Maisfeier.

Zur Bedingung der Theilnahme findet Teilerfassung statt.

Der Einberufer.

Vergolder.

Nach Beschluss der letzten öffentlichen Versammlung machen die Ver...

golder und Vergolder am

1. Mai einen Ausflug mit Damen nach dem Lokal „Vereinslokal“

bei Köpenick. Abfahrt morgens 8 Uhr vom Schillerstr. Bahnhof.

Um rege Theilnahme bittet

Der Vertrauensmann.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Wahlversammlungen.

Eine Parteiversammlung des sechsten Wahlkreises tagte am Dienstag im „Köster Hof“. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Vertrauensleute gaben ihren Rechenschaftsbericht für das letzte Halbjahr. Klase, Vertrauensmann für die Schönbauer Vorstadt, hat eingenommen 3620,23 M., ausgegeben für Agitation 936,50 M., abgeliefert 2600 M., Bestand 59,73 M. Hennig, Vertrauensmann der Pfotenbaler Vorstadt, hat eingenommen 4001,43 M., ausgegeben für die Stadtverordneten-Wahlen 426,90 M., Agitation 1456,80 M., abgeliefert 2050 M., Bestand 67,73 M. Eugen Ernst, Vertrauensmann für Wedding und Oranienburger Vorstadt, hat eingenommen 6259,09 M., ausgegeben 1524,28 M., abgeliefert 4700 M., Bestand 32,81 M. Gräfe, Vertrauensmann für Moabit, hat eingenommen 1746,20 M., ausgegeben für die Stadtverordnetenwahl 1039, — M., Agitation 43,20 M., abgeliefert 500 M., Bestand 144 M. Auf Antrag der Revisoren wurden die Vertrauensleute entlassen. Ein Bericht über die Preßkommission konnte nicht gegeben werden, da die bisherigen Mitglieder am Erscheinen verhindert waren. Bei diesem Punkt brachte Kröhn die Angelegenheit zwischen Ledebour und der Redaktion des „Vorwärts“ zur Sprache; er meint, es sei nicht richtig gewesen, daß der „Vorwärts“ die Ledebour'sche Zuschrift zurückgewiesen habe. Kiesel stellt und begründet eine Resolution, welche die Mitglieder der Preßkommission verpflichtet, dahin zu wirken, daß bei Meinungsverschiedenheiten über innere Parteiangelegenheiten beide Theile zum Wort kommen. Dr. Gradnauer legt die Gründe dar, warum die Redaktion Ledebour's Einsetzung nicht angenommen habe. Die Resolution besage im übrigen etwas Selbstverständliches und er ersuche, über sie zur Tagesordnung überzugehen. Kiesel spricht für Annahme seiner Resolution. Ledebour wendet sich gegen Gradnauer und in schärfster Form gegen die Ablehnung seiner Einsetzung. Dr. Gradnauer meldet sich nochmals zum Wort, Ledebour gleichfalls. Es wird jedoch ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. In der Abstimmung über den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wurde dieser Antrag mit großer Majorität angenommen. Da jedoch bezweifelt wurde, ob die Versammlung den Sinn der Abstimmung verstanden habe, ließ der Vorsitzende nochmals abstimmen. Die Abstimmung blieb die gleiche wie zuvor. In die Preßkommission wurden die Genossen Reid und Dornbusch gewählt.

Kunze nahm Genosse Liebknecht das Wort zu seinem Vortrage über: Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen. Er bedauerte zunächst, daß die soeben besprochene Angelegenheit einen Mißklang in die Versammlung gebracht. Als die Sache zwischen Ledebour und der Redaktion sich abspielte, sei er nicht anwesend gewesen. Der Grund, daß kein Genosse das Wort abgeschnitten werden dürfe, müsse selbstverständlich hoch gehalten werden und er hoffe, daß sich über die Anwendung dieses Grundgesetzes Einigkeit werde erzielen lassen. Redner dankt den Parteigenossen, daß sie ihn während seiner Abwesenheit wieder als Reichstags-Kandidaten aufgestellt haben und geht dann auf das Thema des Vortrages ein. Er könne an einem Abend natürlich nicht über alle den Wahlkampf berührenden Fragen reden. Die Bedeutung der Wahlen sei jedem Genossen klar. Die Dinge haben sich so zugepöb, daß die Reaktion sich genötigt sehe, reinen Tisch zu machen — das Wahlrecht auf die eine oder andere Art zu beseitigen, oder doch zu verkümmern. Man will deshalb einen Reichstag zusammenkommen, der zur Verschlechterung des Wahlrechts die Hand bietet. Wenigstens möchte man das Wahlgeheimnis beseitigen. Da antworten wir: Das dulden wir nicht! Wer die geheime Wahl angreift, der greift das allgemeine Stimmrecht an! Das dürfen wir uns nicht rauben lassen. Es kommt darauf an, daß bei der bevorstehenden Wahl so viele sozialdemokratische Stimmen abgegeben werden, daß die Reaktion nicht daran denken kann, das Wahlrecht zu beschneiden. Es handelt sich für uns weniger um die Zahl der zu erringenden Mandate, als um die Zahl der Stimmen, welche für die Sozialdemokratie abgegeben werden. Da hat Berlin mit seinen Hunderttausenden von Proletariern nicht nur die Wucht seiner Stimmen in die Urne zu werfen, sondern alle überschüssigen Kräfte müssen in den Dienst der Agitation gestellt werden in den Kreisen, wo der Kampf ein schwerer ist, wie hier in Berlin. Wir haben zu kämpfen nicht nur für die Erhaltung des Wahlrechts, sondern auch für die Erhaltung des Koalitionsrechts. Wenn wir einen reaktionären Reichstag bekommen, dann ist es sicher, daß diese beiden Rechte zum

*) Die Redaktion des „Vorwärts“ hält an ihrer Ansicht fest, daß eine öffentliche Diskussion dieser Angelegenheit, zumal im jetzigen Augenblick der Vorbereitung zum Wahlkampf, nicht im Interesse der Partei liegt. Sie wird deshalb auch auf die in dieser Versammlung gegen sie gerichteten Angriffe nicht weiter antworten. Sie ist aber nach wie vor bereit, vor jeder Parteiinstanz den Nachweis zu liefern, daß die Ablehnung der Erklärung des Genossen Ledebour nicht aus prinzipiellen, sondern aus rein sachlichen Gründen erfolgt ist.

Teufel gehen. Ohne diese Rechte giebt es keine friedliche, gesunde Entwicklung. Wer also für friedliche Entwicklung ist, muß die Sozialdemokratie unterstützen, die einzige Partei, welche diese Rechte schützt. Die Junker sind fester und die Regierung ist reaktionärer geworden. Wir gehen Zuständen entgegen, wie sie in Rußland und der Türkei herrschen. Es ist ein altes Axiom der Reaktion, daß sie durch glänzende äußere Politik die Aufmerksamkeit des Volkes von den Mißständen im Innern abulenken sucht. Darum begab sich auch die deutsche Regierung auf das Gebiet der Weltpolitik. Nach Samoa und der afrikanischen Kolonialpolitik haben wir jetzt mit der Erwerbung in China zu thun. In der Frage der Weltpolitik stimme ich den Ausführungen zu, die mein Freund Ledebour kürzlich über dieselbe gemacht hat. Alle Vortheile, die in China zu holen sind, hätten wir haben können, ohne daß militärische Eingriffe gemacht wurden an einer Stelle, wo gar kein Feind zu sehen war. Zur Bethätigung des Industrie- und Handelskapitals in Pankow bedurfte es nicht des Spagierganges des Prinzen Heinrich. Ein Vorwand für die Welt- und Kolonialpolitik ist auch der, die überflüssige deutsche Bevölkerung solle dem Mutterlande erhalten werden. Warum gehen denn so viele Deutsche ins Ausland? Weil sie die drückenden Zustände im Vaterlande nicht ertragen können. So erklärt es sich, daß sie im Auslande, wo sie bessere, freiere Zustände finden, von Abscheu gegen unsere Einrichtungen erfüllt werden. Im Vaterlande muß die soziale und politische Freiheit errungen werden. Das ist es, was das deutsche Proletariat thun wird. Wir wollen nicht dem Irrthum der Weltpolitik nachgehen, sondern daheim Freiheit und Gerechtigkeit aufrichten. Die Sozialdemokratie kann für diese Weltpolitik, die ein Raubpolitik ist, nicht eintreten. Das Recht der Eroberung ist ein Barbarenrecht, wir aber wollen eine Gesellschaft des Friedens. Redner geht nun auf die von unseren Gegnern des Bieres aufgestellte Behauptung ein, die Sozialdemokratie habe die kaiserliche Sozialpolitik bekämpft und dadurch die Einführung des sozialen Königthums verhindert. Er (Redner) habe schon im Jahre 1890 zu einem Franzosen, der ihn interviewte, gesagt: bei uns herrsche der Kapitalismus. Der Staat müsse entweder dem Kapitalismus dienen, oder, wenn die kaiserlichen Erlasse durchgeführt werden sollen, sich auf die Arbeiter stützen. Letzteres werde aber nicht geschehen, und darum könnten die Erlasse auch nicht durchgeführt werden. Und so ist es gekommen. Niemals wurde der Versuch gemacht, ein soziales Königthum anzubahnen. — Wenn Eugen Richter sagt, die Sozialdemokratie habe durch ihr Auftreten die bürgerliche Opposition geschwächt und der Reaktion Vorschub geleistet, so hat er ja in gewisser Hinsicht recht, denn von dem Augenblick an, wo die Sozialdemokratie auftrat, wandte sich das Bürgerthum, Arm in Arm mit der Reaktion, gegen die Emancipations- und Bestrebungen der Arbeiterklasse. Zeige hat das Bürgerthum die Fiktion der Freiheit in den Staub geworfen. Wir tragen sie jetzt und kämpfen damit auch für die bürgerlichen Freiheiten. Heute giebt es keine Demokratie mehr, außer in der Sozialdemokratie. Das Bürgerthum ist durch und durch reaktionär geworden, das Proletariat aber hat die Aufgabe und die Macht, dem sozialen Gedanken zum Siege zu verhelfen. — Jetzt sind wir mitten im Wahlkampf. Es gilt daher, zu agitieren, um auch zu den fünf Berliner Wahlkreisen, die in unseren Händen sind, noch den ersten Kreis zu erobern. So lange dieser Kreis — mag sein gegenwärtiger Vertreter auch persönlich ein tüchtiger Mann sein — in freisinnigen Händen ist, befindet er sich nicht in sicheren Händen. Nur in unserer Hand ist er sicher. Darum möge jeder seine Kraft für die Agitation anwenden. Auch an die Frauen wenden wir uns, die heute noch rechtlos sind. Nur die Sozialdemokratie hat die volle Gleichberechtigung der Frauen auf ihre Fahne geschrieben, darum ist es Pflicht jeder Frau, sich in den Dienst der Agitation zu stellen. Die Partei, mit der die Frau geht, wird auch den Sieg erringen. Stürmischer Beifall folgte dem Vortrage. Zur Diskussion meldete sich niemand. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Lebhafteste Hochrufe auf Liebknecht ertönten aus der tausendköpfigen Menge.

Mariensfelde. Am Sonntag, den 24. April 1898, tagte in Mariensfelde bei Teutchen eine Volksversammlung, welche sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen hatte. Als Referent war der Reichstags-Abgeordnete Fritz Zubeil erschienen, welcher über die bevorstehenden Reichstagswahlen sprach und sich seiner Aufgabe in zweifelsloser Rede in bester Weise erledigte. Redner ging mit den Agitatoren bezüglich der Handelsverträge scharf ins Gericht, besprach sodann die hohen Böle auf Lebensmittel, wie Salz, Kasse etc., führte den Anwesenden an der Hand von Zahlen die Marineverträge und deren Zustandekommen vor Augen und endete seinen Vortrag mit der Besprechung des allgemeinen Wahlrechts; daß wir alle auf der Hut sein müssen, um uns die einzige Waffe, das einzige Recht des Arbeiters, dessen Stimme am Tage der Wahl den gleichen Werth hat, wie die des reichen Mannes, uns nicht entreißen zu lassen. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen die Genossen Jessorski, Lehmann, Wolf und Gräulich im Sinne des Referenten und wurde eine Resolution einstimmig angenommen.

in welcher die Versammlung verspricht, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß der bisherige Vertreter Fritz Zubeil siegreich aus der Wahl hervorgehe. In das Wahlkomitee für Tempelhof wurden Jargaz, Kühn und Jessorski; für Mariendorf Senger, Lehmann und Schättelep und für Mariensfelde Bommer, C. Gräulich und Trebus gewählt. — Unter „Verschiedenes“ machte Thiel auf die während der Wahlzeit erscheinende „Wahl-Zeitung“ aufmerksam und forderte die Genossen zum Abonnement und zur Verbreitung derselben auf. — Den 1. Mai bei Teutchen in Mariensfelde zu feiern, wird auf Antrag Thiel angenommen und die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Pankow-Niederschönhausen. Am Sonntag, den 24. d. M., tagte in Nieder-Schönhausen eine Volks-Versammlung, in welcher Genosse Arthur Stadthagen referirte. Die Versammelten, welche äußerst zahlreich erschienen waren, folgten mit lebhaftem Interesse den Ausführungen des Referenten, welcher, ausgehend von dem Wahlaufsatz, welchen der „Vorwärts“ erlassen hatte, das Unrecht schilderte, welches sich die herrschenden Klassen im Reichstage innerhalb der letzten fünf Jahre gegen die arbeitenden Massen hatten zu schulden kommen lassen. Im Gegensatz hierzu hob der Referent die Rechte, welche wir fordern, ganz besonders in bezug auf das Unfallgesetz, die Gewerbe-Ordnung, das Koalitionsrecht hervor, um zu schließen mit den Worten, nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Ziele, welche wir uns gesteckt, erreicht sind. Da Gegner in die Diskussion nicht eingriffen, trotzdem eine Anzahl anwesend war, wurde ein Wahlkomitee gewählt, bestehend aus Schünemann, Gerike, Enterling für Schönhausen, für Pankow Freiwaldt, Karl Hoffmann, Heinrich Hoffmann, Ernst Krause, Hermann Krause und Kummert. Zum Schluß betonte der Vorsitzende, daß jeder Genosse die Pflicht hat, während der Wahl sich in den Dienst der Partei zu stellen und wie den 1. Mai, auch den 16. Juni, den Wahltag, als Feiertag zu betrachten hat.

Französisch Buchholz. Hier fand am Sonntag, den 24. d. M., eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Arthur Stadthagen referirte, die Versammlung, welche so stark besucht war, daß der überwachende Beamte den Saal absperren wollte, folgte mit Interesse den Ausführungen des Referenten. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß jeder die Pflicht hat, sich dem hier bestehenden Arbeiterverein anzuschließen, welcher jeden Donnerstag nach dem Ersten im Monat tagt. Das Vereinslokal ist bei Lange „Gasthof zum Storch“ in Franz. Buchholz. Ferner beschloß die Anwesenden, den 1. Mai gemeinschaftlich mit den Genossen in Nieder-Schönhausen zu feiern.

Neukölln. Am Dienstag tagte bei Wiltcher eine gutbesuchte Volksversammlung, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Arthur Stadthagen über das Thema „Gewalt geht vor Recht“ referirte. Stürmischer Beifall lohnte den Referenten für seinen Vortrag. Eine dem Referat entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Trotz Aufforderung meldete sich von den Gegnern keiner zum Wort. Genosse Feidler ersuchte die Anwesenden, am 16. Juni voll und ganz ihre Pflicht zu thun. Die „Landsknechte und das Gefindel“ müssen die Antwort geben. — Hierauf wurde ein Wahlkomitee bestehend aus den Genossen Müller, Feit, Gustav Weise, Köhne und Schabrid gewählt. Weiter wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag bei Wiltcher die Kaiserfeier stattfindet. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

N. 2. 40. Sie können beim Amtsgericht Nachschlüsselregulierung beantragen. — N. 56. Ja. Der Vater soll aber schleunigst Antrag auf Entlassung aus der Unterhofschaft stellen. — G. 102. Wenden Sie sich behufs genauer Auskunft an den Magistrat. — G. 23. 1. Eine vorübergehende Wohnung ist nicht erforderlich. — Schlafstühle. Es muß spätestens am 15. zum 1. gekündigt werden. — W. 23. 1. Am 31. Dezember 1899. 2. Ja. — G. 2. 20. Nur wenn die Schulden zwecks Unterhaltung des nothwendigen Unterhalts des Sohnes gemacht waren. — O. M. 333. Ja. — N. 6. 29. Sie müßten eventuell doppelt zahlen; lassen Sie also lieber die Hand weg. — H. 10. Die Tage ist leider sehr hoch; vielleicht versuchen Sie es mit einem Antrag an die Gesellschaft. — G. O. Köpenick. Sie können sich innerhalb 14 Tagen nach Empfang des abnehmenden Bescheides an die Verwaltungsbehörde beim Kammergericht beschweren. — B. 100. 1. Die Möglichkeit besteht für beide Fälle. 2. Nein. — G. 100. Der Vertrag bleibt gültig. Sie können auf Eindämmung der Wohnung und Schadensersatz klagen; auch Antrag auf Bestrafung wegen Urkundenfälschung stellen. — G. 26. Eichendorffstraße. a) Die Ihnen gemachte Versicherung ist zutreffend. b) Ja. Lassen Sie die Sache laufen. — 100. Nein. — B. 100. Unterhalb bis zwei Jahre dürfen bei täglich großem eifrigem Studium wohl zur Erlernung der französischen Sprache hinreichen. In der Berly-School, Leipzigerstraße, sind, wenn wir nicht irren, für täglich eine Stunde monatlich 20 M. zu zahlen. Louis-Langenscheidt's Briefliche Methode kostet komplett 27 M.

Freitag und Sonnabend Porzellan

Kaffeeekannen 28 Pl.

weiss

Milchtöpfe 12 Pl.

weiss

Milchtöpfe 10 Pl.

weiss

Zuckerdosen 18 Pl.

weiss

Tassen 13 Pl.

weiss

Dessertteller 7 Pl.

weiss

Warenhaus A. Wertheim

